

Die „Hitler-Professur“ und die Bernhard Rust-Hochschule für Lehrerbildung

Warum der gebürtige Österreicher Adolf Hitler (1889 – 1945) ausgerechnet im Freistaat Braunschweig 1932 zum Deutschen wurde, erschließt sich erst nach der Rekonstruktion einer Reihe von Umständen, die auf den ersten Blick wenig bis gar nichts miteinander zu tun haben.¹ Hitler hatte sich durch mehrfachen Wohnsitzwechsel von Linz nach Wien, innerhalb Wiens und zuletzt durch den Wegzug nach München, wo er sich als „staatenlos“ angemeldet hatte, versucht, sich der Musterung und dem Wehrdienst in der Österreichisch-ungarischen Armee zu entziehen. Als man ihm in München auf die Schliche gekommen war, musste er in Salzburg vor die Musterungskommission treten und wurde für untauglich befunden. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte er sich dennoch als Freiwilliger in der Bayerischen Armee gemeldet und wurde auch akzeptiert, allerdings nur für den Hilfsdienst in der Etappe als Meldegänger, was den Vorbehalt der österreichischen Musterungskommission teilweise bestätigte. Aus der Kriegsteilnahme, sogar mit dem Eisernen Kreuz gewürdigt, wurde später der moralische Anspruch auf die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft abgeleitet.

Das dreifache Dilemma des Führers

Dass es dazu kommen sollte, war dem Umstand geschuldet, dass die NSDAP, seit Hitler als ehemaliger Armeespitzel deren Führung übernommen hatte, in ihrer frühen Münchener Zeit auf den revolutionären Weg zur Machtergreifung gesetzt hatte. Dieser endete 1923 im Verlauf des „Hitler-Putschs“ im Geschoßhagel der Münchener Polizei beim Marsch auf die Feldherrnhalle. Hitler wurde verhaftet, der Prozess gemacht und zu Festungshaft in Landsberg verurteilt, aus der er bereits nach einem Jahr auf Bewährung entlassen wurde. Nach der Entlassung wollte die Münchener Polizei den Exhäftling und politischen Unruhestifter, der seine Agitation fortsetzte, als unerwünschten Ausländer nach Österreich abschieben, die österreichischen Behörden ihn aber nur ungern aufnehmen. Als die Abschiebung unmittelbar bevorstand, beantragte Hitler, um das Dilemma zwischen Abschiebung und politischer Untätigkeit aufzulösen, die Entlassung aus der österreichischen Staatsbürgerschaft, die ihm bereitwillig am 30.4.1925 gewährt wurde. Hitler war seitdem staatenlos, konnte nicht mehr abgeschoben werden und seine politische Agitation in München fortsetzen. Mit der Auflösung des ersten Dilemmas hatte er sich allerdings ein neues eingehandelt, weil er als Staatenloser nicht über die bürgerlichen Ehrenrechte verfügte.

¹ Zur Vorgeschichte, Kontext und Konsequenzen Ulrich Menzel, Die Steigbügelhalter und ihr Lohn. Hitlers Einbürgerung in Braunschweig als Weichenstellung auf dem Weg zur Macht und die Modernisierung des Braunschweiger Landes. Braunschweig 2020. Alle Belege ebd. Hier werden nur solche Quellen und Literaturhinweise gegeben, die die hier behandelten Vorgänge im engeren Sinne betreffen.

Das zunächst nur latente neue Dilemma spitzte sich zu nach der für die NSDAP so enttäuschenden Reichstagswahl von 1928. Seitdem verzichtete sie gegen den Widerstand der SA auf die revolutionäre Option, um stattdessen auf legale Weise, d.h. über Wahlen und Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, an die Macht zu kommen. Der sozialistische Aspekt im Parteinamen musste deshalb gegenüber dem nationalen zurücktreten. Statt im Arbeitermilieu mit den linken Parteien um Stimmen zu werben, wollte man im nationalkonservativen Milieu mit den bürgerlichen Parteien konkurrieren. Dieser Strategiewechsel sollte sich für die Partei auszahlen, nur dass Hitler persönlich nicht daran partizipieren konnte, weil er als Staatenloser kein Wahlrecht besaß und nicht für ein Parlament kandidieren konnte.

Das Dilemma wuchs mit der für die NSDAP so erfolgreichen Reichstagswahl von 1930, als sie mit 107 Abgeordneten zweitstärkste Fraktion wurde, ein Abgeordneter Hitler aber nicht darunter war. Deshalb musste er die parlamentarische Bühne seinem innerparteilichen Rivalen Strasser überlassen, der nicht nur die Reichstagsfraktion, sondern auch den sozialistischen Flügel der Partei anführte. Anfang 1932 verlangte das Dilemma die unverzügliche Auflösung, sollte nicht der Legalitätskurs und die Sinnstiftung von Hitlers politischer Existenz ad absurdum geführt werden, war in dessen Verständnis die Machtergreifung doch nur als persönliche Machtergreifung denkbar. Der Grund war das nahende Ende von Hindenburgs erster Amtszeit als Reichspräsident. Seit die Regierung Brüning die parlamentarische Mehrheit verloren hatte, stützte sie sich nur noch auf das Vertrauen des Reichspräsidenten, der die von Brüning formulierten Notverordnungen zu unterschreiben hatte. Deshalb drängte Brüning Hindenburg zur Kandidatur für eine zweite Amtszeit, um mit Hilfe der Notverordnungen so lange weiter zu regieren, bis das Abflauen der Wirtschaftskrise, der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Verhandlungen über die Reparationslasten eine Situation herbeigeführt hatten, bei der die alte Weimarer Koalition nach Neuwahlen wieder auf eine Mehrheit im Reichstag hoffen konnte. Diese Konstellation wollte Hitler unbedingt vermeiden, sah er seine Chance zur Machtergreifung auf legalem Weg doch gerade in der Krise. Deshalb wurde er von der Parteiführung gedrängt, gegen Hindenburg zu kandidieren, um im Falle eines Wahlsieges selber den Hindenburg zu machen und einen Parteigenossen zum Reichskanzler zu ernennen, der dann mit Hilfe von Hitlers Notverordnungen regiert hätte. Die Kandidatur verlangte allerdings, explizit in der Verfassung verankert, die deutsche Staatsbürgerschaft.

Zum Verständnis des weiteren Ablauf ist ein Blick in das Reichs- und Staatsbürgerschaftsgesetz von 1919 notwendig. Die deutsche Staatsbürgerschaft war nur indirekt durch die Staatsbürgerschaft in einem der deutschen Länder, Relikt aus der Zeit vor der Reichsgründung, zu erreichen. Der normale Weg lautete, in dem Land, in dem der Ausländer seinen Wohnsitz hatte, einen Antrag zu stellen. Ob das auch für einen Staatenlosen galt, war strittig. Im Falle Hitlers ist er mehrfach versucht worden, aber jeweils am Widerstand der Bayerischen Staatsregierung gescheitert,

zumal wegen der reichsweiten Konsequenz die Zustimmung aller Länder im Reichsrat verlangt war. Spätestens hier wäre er auf den Widerstand Preußens gestoßen, das von einer Koalition aus SPD, Zentrum und Staatspartei regiert wurde. Der zweite ungewöhnliche Weg nach § 14 des Gesetzes führte über die Verbeamtung in einem der deutschen Länder. Dass ein Staatenloser verbeamtet werden könnte, dazu fehlte dem Gesetzgeber die Phantasie, so dass sich hier eine weitere Gesetzeslücke auftat.

1914 versuchten die Staatsrechtler Fritz von Keller und Paul Trautmann diese Lücke durch einen Kommentar zu schließen. Darin wurde die Einbürgerung von Ausländern behandelt, die sich im Inland niedergelassen haben, und der Begriff „Ausländer“ erläutert: Demnach gehören dazu auch „Personen, die keinem Staate angehören, sei es, dass sie eine früher besessene Staatsangehörigkeit ohne Erwerb einer neuen verloren haben, oder dass sie bereits mit der Geburt staatenlos geworden sind.“² Dieser Passus ließ sich, wollte man wohlwollend sein, im Sinne Hitlers interpretieren, obwohl dieser die Staatenlosigkeit nicht „verloren“ hatte, also ohne eigene Initiative ausgebürgert worden war, sondern darum nachgesucht hatte. Gravierender war allerdings die zuvor gemachte Einschränkung, welche Voraussetzungen zur Einbürgerung vorliegen müssen: „Ein Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaate, in dessen Gebiete die Niederlassung erfolgt ist, auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat.“ Dies war bei Hitler definitiv nicht der Fall. Folgt man dem Kommentar von Keller/Trautmann konsequent, hätte die Einbürgerung auch über den § 14 nur in Bayern erfolgen können, weil Hitler seinen Wohnsitz in München hatte.

Weil die Gerüchte, dass Hitler dennoch eingebürgert werden sollte, nicht verstummt, hatte der prominente Heidelberger Staatsrechtler Walter Jellinek im Mai 1930 seinen Studenten folgende Aufgabe gestellt: „Eine deutsche Landesregierung beabsichtigt, einen staatenlosen radikalen Politiker, um ihm die Reichsangehörigkeit zu verschaffen, im Staatsdienste anzustellen und dann dauernd zu beurlauben. Besteht in diesem Fall die Möglichkeit der Verfassung eines Landes nach R.S. StaatsAngG § 9? Könnte das Reich einschreiten? Wäre die unbekümmert um Verwahrungen des Reichs oder anderer deutscher Länder vollzogene Anstellung wirksam?“³ Jellinek muss auf Thüringen abgezielt haben, damals die einzige Landesregierung mit Beteiligung der NSDAP.

Wir wissen nicht, wie Jellineks Studenten die Aufgabe gelöst haben. Jedenfalls fand der Punkt 1931 in weiser Voraussicht bzw. böser Vorahnung Eingang in die dritte Auflage des „Verwaltungsrechts“ von Jellinek mit dem Satz: „Würde ein Land, um die

² Fritz von Keller/Paul Trautmann, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913. München 1914, Zitate S. 114 und 109.

³ Zitiert nach Walter Jellinek, Scheinernennung zum Beamten. In: Reichsverwaltungsblatt und Preußisches Verwaltungsblatt 53.1932,7. S. 121-124. (vom 13.2.1932), S. 122.

den anderen Ländern zustehende Widerspruchsmöglichkeit auszuschalten, einen Ausländer, statt ihn einzubürgern, zwecks Verleihung der Staatsangehörigkeit der Form nach zum Beamten ernennen, ohne seine Dienste wirklich in Anspruch zu nehmen, so würde die Ernennung als nicht ernstlich gemeint unwirksam sein“.⁴ Damit war von der höchsten deutschen Autorität in Sachen Verwaltungsrecht ein weiterer Pflock gegen Hitlers Einbürgerung eingeschlagen, der eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, aus der Sicht Hitlers aber keine Selbstverständlichkeit war. Jellinek hatte schlicht darauf hingewiesen, dass, wenn jemand über den § 14 die deutsche Staatsbürgerschaft erhält, er seine Beamtentätigkeit auch ausüben hat. Wenn er nur zum Schein ernannt worden ist, um den Antragsweg über den § 9 zu umgehen, verwirkt er auch die verliehene Staatsangehörigkeit wieder.

Seit den Landtagswahlen des Jahres 1930 war die Voraussetzung, diesen Weg zu beschreiten, in zwei Ländern, erst in Thüringen und dann in Braunschweig, durch eine Koalition unter Beteiligung der NSDAP erfüllt. 1931 war der Versuch des thüringischen Innenministers Frick (NSDAP) trotz eines entgegenlautenden Kabinettsbeschlusses gescheitert, Hitler eine Beamtenstelle als Gendarmeriekommissar von Hildburghausen zu verschaffen. Darüber war die Koalition nach dem Austritt der DVP zerbrochen, die mit der SPD eine neue Mehrheit im Landtag gebildet hatte. Seitdem blieb nur noch Braunschweig, wo eine fragile Koalition zwischen Bürgerlicher Einheitsliste (BEL) aus DNVP, DVP und kleinen bürgerlichen Parteien mit der NSDAP regierte, die zudem nur über 20 (11 BEL und 9 NSDAP) der 40 Landtagssitze verfügte.

In der Reichsregierung wurde angesichts der nahenden Reichspräsidentenwahl erwogen, gegen die Einbürgerung Hitlers juristische Hürden aufzubauen, falls er tatsächlich zum Beamten ernannt werden sollte, um so dessen Kandidatur einen Riegel vorzuschieben. Deshalb wurde der Verfassungsreferent Georg Kaisenberg von Innenminister Groener beauftragt, ein diesbezügliches Gutachten zu verfassen. Kaisenberg tat, wie ihm geheißen, und kam, gestützt auf die 3. Auflage des „Verwaltungsrechts“ von Jellinek zu dem Ergebnis, dass der Weg zur Einbürgerung über die Verbeamtung in einem Land nur dann zulässig ist, wenn sie nicht zum Schein erfolgt. Kaisenberg zitierte Jellinek: „Zum Beamtenverhältnis gehört nun einmal, daß der Beamte zur Besorgung von Geschäften, zur Treue und zum Gehorsam verpflichtet ist. Ernennet also ein Minister jemand zum Beamten mit der vom Ernannten gebilligten Maßgabe, daß der Beamte nie ernstlich zur Dienstleistung herangezogen werden soll, dann enthält der Ernennungsakt eine Beschränkung, die den ganzen Akt unmöglich und daher unwirksam macht.“⁵ Kaisenberg fuhr fort, dass ein Ausländer oder Staatenloser nur dann deutscher Staatsbürger werden kann,

⁴ Walter Jellinek, Verwaltungsrecht. 3. Aufl. Berlin 1931, S. 152.

⁵ Zitiert nach Hitlers Einbürgerung. Beamtenernennung rechtsunwirksam! Das Gutachten eines Staatsrechtslehrers besagt. In: Der Volksfreund vom 4.2.1932.

wenn „es sich um eine wirkliche Ernennung zum Beamten handelt. Scheingeschäfte sind nach bürgerlichem Recht nichtig.“ ... „Eine Beamtenernennung ist nur rechtswirksam, wenn der Wille der ernennenden Behörde dahin geht, eine Persönlichkeit zum Beamten zu machen, und der Wille dieser Persönlichkeit darauf gerichtet ist, Beamter zu werden, also Staatsdienste zu verrichten. Eine solche Willensbildung liegt aber dann nicht vor, wenn die Beamtenernennung lediglich zu dem Zweck erfolgt, um der betreffenden Persönlichkeit die Möglichkeit zu eröffnen, die staatsrechtlichen Voraussetzungen für ein anderes Staatsorgan, das mit der Beamtenernennung nichts zu tun hat, zu erfüllen.“ Und schließlich folgerte er: „In der Ernennung eines Ausländers, wie es Hitler ist, oder Staatenlosen zum Beamten lediglich zu dem Zweck, um ihm die Fähigkeit für die Anwartschaft auf das Amt des Reichspräsidenten zu verleihen, würde keine ernstlich gemeinte Beamtenernennung zu erblicken sein. Eine solche Ernennung wäre nichtig und unwirksam.“⁶

Wann genau Kaisenberg das Gutachten verfasst hat, lässt sich nicht rekonstruieren. Sehr wohl aber das Datum der Veröffentlichung – nämlich am 1.2.1932 in der Abendausgabe der Vossischen Zeitung unter der Überschrift „Wählbar zum Reichspräsidenten ist... Was die Verfassung sagt“. Damit reagierte die Regierung auf den Abdruck einer Goebbels-Rede im Berliner Sport-Palast zwei Tage zuvor, in der dieser vor fanatisierten Anhängern vehement für die Nominierung Hitlers zur Wahl zum Reichspräsidenten plädiert hatte. „Ich bin der Überzeugung, daß das deutsche Volk in seiner besten und weitaus überwiegenden Mehrheit auf unsere Parole wartet, um einen deutschbewußten, tatbereiten Reichspräsidenten zu wählen. Dieser Reichspräsident muß ein Herz haben für das leidende und gequälte deutsche Volk und vor allem für seine verfolgte und blutiggeschlagene Jugend. Haben wir diesen Reichspräsidenten, dann ist Schluß mit Uniform- und Redeverböten, dann gehört Deutschland wieder den Deutschen, dann wird aufgeräumt mit der marxistischen Mordpest und dem Deutschtum freie Bahn geschaffen.“⁷ Der sprachgewandte Goebbels hatte wohlweislich die Vokabel „deutschbewußt“ verwendet.

Das Datum der Veröffentlichung des Kaisenberg-Gutachtens ist ein Hinweis, dass es auf Vorrat verfasst wurde, um es denkbar prominent, galt die Vossische Zeitung doch quasi als das Regierungsorgan, bei gegebenem Anlass zu veröffentlichen. Dass nicht der 31.1. (Sonntag), sondern der 1.2. (Montag) und dass nicht die Morgenausgabe gewählt wurde, was eigentlich die Wirkung erhöht hätte, da die Abendblätter bereits das Gutachten hätten kommentieren können, sondern die Abendausgabe, deutet auf eine wohldurchdachte Dramaturgie. Am Morgen dieses Montags war nämlich das Montagsblatt, Zeitung des NS-Dissidenten Stennes, der den Legalitätskurs nicht mitmachen wollte, mit der Meldung „Hitler deutscher Staatsbürger“ erschienen. Darin wurde behauptet, Hitler sei bereit, gegen Hindenburg zu kandidieren, die Hürde der fehlenden Staatsbürgerschaft bereits

⁶ Georg Kaisenberg, Wählbar zum Reichspräsidenten ist... Was die Verfassung sagt. In: Vossische Zeitung vom 1.2.1932.

⁷ Spontane Huldigung im Sportpalast. Für Adolf Hitler! In: Der Angriff vom 30.1.1932, S. 1.

genommen. „Es heißt, daß Hitler bereits deutscher Staatsbürger ist! Anscheinend ist er von einer der nationalsozialistischen Länderregierungen – etwa Braunschweig oder Thüringen - vorübergehend und formell zum Staatsbeamten ernannt worden, wodurch er die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hätte. Diese inzwischen erfolgte Einbürgerung Hitlers ist das große Geheimnis des Braunen Hauses.“⁸ Die kombinierte Wirkung der beiden Zeitungsartikel wurde dadurch verstärkt, dass die übrige Presse das Thema aufgriff und den Druck auf die fragile Braunschweiger Koalition erhöhte.⁹

Auf der juristischen Ebene trug Innenminister Groener einen weiteren Angriff gegen die Hitler-Kandidatur vor. Während die Veröffentlichung des Kaisenberg-Gutachtens sich an eine gebildete Öffentlichkeit gewandt hatte, richtete sich ein Artikel Jellineks am 13.2.1932 im „Reichsverwaltungsblatt“ mit dem Titel „Scheinernennung zum Beamten“ an die juristisch geschulten Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes. Das Reichsverwaltungsblatt dürfte zur Pflichtlektüre der Beamten im Braunschweigischen Staatsministerium gehört und dort seine Wirkung nicht verfehlt haben.¹⁰ Es spricht vieles dafür, dass es sich um eine konzertierte Aktion der Reichsregierung handelte. Der Hauptschriftleiter, Senatspräsident D.H. Linden, hatte Jellinek zu dem Artikel veranlasst, weil Kaisenberg ihn in seinem Gutachten zitiert hatte. Da dieser Mitherausgeber der Zeitschrift war, ist auch dessen Initiative denkbar. Dass Jellinek so kurzfristig reagierte und der Artikel sofort erschien, unterstreicht die politische Absicht, die Braunschweiger Koalition in der Einbürgerungsfrage unter Druck zu setzen.

Diese war nach der Landtagswahl 1930 gebildet worden, um die zuvor mit absoluter Mehrheit regierende SPD abzulösen und deren Reformpolitik, gerade auf dem Bildungssektor durch die Akademisierung der Volksschullehrerausbildung, rückgängig zu machen. Aus Einspargründen bestand die Regierung nur noch aus zwei Ministern bei vier Ressorts. Der bürgerliche Partner Werner Küchenthal (1882-1967) und Vertreter der DNVP war Vorsitzender der Staatsregierung und Minister für Finanzen und Justiz, der NS-Minister war der ehemalige Mittelschullehrer Dietrich Klagges (1891–1971) mit den Ressorts für Inneres und Volksbildung mit Zuständigkeit für die TH Braunschweig. Klagges hatte seinen moderaten Vorgänger Anton Franzen (1886 – 1968) abgelöst, der Hitlers radikale Politik zur Verschärfung der Krise und damit zu Lasten der kleinen Leute nicht mittragen wollte. Ein hier hochrelevantes Detail bei der Koalitionsbildung war die Vereinbarung, dass freie Beamtenstellen im Landeshaushalt vom jeweiligen Ressortminister ohne Mitwirkung des Parlaments besetzt werden können, die Ernennung aber der Gegenzeichnung des anderen Ministers bedarf. Die Mitwirkung des Parlaments war nur nötig, wenn

⁸ Münchener Sensation: Hitler deutscher Staatsbürger. Hitler kandidiert für Reichspräsidentenschaft gegen Hindenburg. Wie die Kandidatur möglich wurde. In: Das Montagsblatt vom 1.2.1932, S. 1.

⁹ Z.B. Das Gutachten über Hitlers Staatsangehörigkeit. In: Deutsche Zeitung vom 5.2.1932; Hitlers Einbürgerung. Das Braune Haus erwartet Eingreifen Hindenburgs. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 4.2.1932; Hitlers Einbürgerung. Beamtenernennung unwirksam! Das Gutachten eines Staatsrechtlers besagt. In: Der Volksfreund vom 4.2.1932.

¹⁰ Walter Jellinek, Scheinernennung zum Beamten. In: Reichsverwaltungsblatt und Preußisches Verwaltungsblatt 53.1932,7. S. 121-124.

eine neue Stelle im Haushalt geschaffen werden sollte. Aufgrund der Wirtschaftskrise hatte Küchenthal einen rigiden Sparkurs eingeschlagen, dabei viele Stellen gestrichen, aber im Haushalt des Jahres 1931 eine neue Ordentliche Professur an der TH Braunschweig ohne Denomination etatisiert, ohne sie weiter zu begründen. Außerdem war bei der Neuformulierung des Staatsbeamtengesetzes 1930 vorgeschrieben worden, dass die Hochschule bei der Besetzung neuer Professuren nicht beteiligt werden muss - alles Indizien, dass es bei der Koalitionsbildung eine Absprache gegeben hatte, im Fall des Falles Hitler trotz der fehlenden Parlamentsmehrheit via Berufung auf eine Professur einbürgern zu können – allerdings unter dem Vorbehalt, dass beide Partner zustimmen.

Nachdem die Zeit bis zur Neuwahl des Reichspräsidenten keinen weiteren Aufschub erlaubte, gab der zögernde Hitler dem Druck der Partei nach und willigte widerwillig ein, dass die Voraussetzungen für seine Kandidatur geschaffen werden. Sein Zögern lässt sich nur mit der Befürchtung erklären, in ein drittes Dilemma zu geraten. Wenn er nicht kandidierte, wurde eine große Chance auf dem Weg zur Macht vertan, wurde womöglich ein innerparteilicher Konkurrent nominiert, wenn er kandidierte, sofern die Einbürgerung gelang, er aber die Wahl verlor, musste er die Beamtenstelle auch antreten, für die er weder qualifiziert noch motiviert war und die sich mit seinem Amt als Parteiführer auch praktisch nicht vereinbaren ließ. Trat er sie nicht an und offenbarte sich die Scheinernennung, um den Weg über den § 9 zu umgehen, drohten als Konsequenzen die Entlassung, der Verlust der Staatsbürgerschaft und das Ende der politischen Karriere auf legalem Weg, blieb nur noch die revolutionäre Karte. Womöglich hatte er auch das Bekanntwerden seiner Staatenlosigkeit gescheut, von der zuvor nur wenige Insider in der Partei wussten.

Klagges erhält den Parteiauftrag

Angesichts des Zeitdrucks hatte Klagges am 2.2.1932 von Göring als Zuständiger für einen Wahlvorschlag Hitler den Parteiauftrag erhalten, die Einbürgerung Hitlers umgehend zu realisieren. Der erste Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten war vom Reichstag auf den 13.3.1932 festgesetzt worden. Bis zum 3.3. mussten die Wahlvorschläge beim Reichswahlleiter eingereicht werden, um die Zehntagesfrist zu erfüllen. Demnach blieben gerade vier Wochen für die Verbeamtung, den Wohnsitzwechsel des frisch ernannten Beamten von München nach Braunschweig, dessen dortige Einbürgerung und die Nominierung des Kandidaten. Klagges war nicht zu beneiden. Ihm blieb nur noch, umgehend zu handeln und Kontakt zu dem Ministerkollegen Küchenthal aufzunehmen, weil dessen Unterschrift bei einer Beamtenernennung notwendig war. Dieser hielt sich bedeckt und verwies darauf, als Vertreter der BEL in der Regierung in dieser heiklen Angelegenheit an die Weisungen der Fraktion gebunden zu sein.

Ein Blick in den Stellenplan des Landeshaushalts genügte, um zu erkennen, dass aktuell nur drei Stellen verfügbar waren, die in Frage kamen – nämlich eine a.o.

Professur in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH Braunschweig, die bis zum 14.5.1931 mit dem Pädagogen August Riekel (1897-1967) besetzt und seitdem vakant war, eine Regierungsratsstelle im Landeskultur- und Vermessungsamt und die o. Professur, die neu in den Haushalt eingestellt worden und unbesetzt geblieben war. Da das Landeskultur- und Vermessungsamt zum Ressort Küchenthals gehörte, blieb für Klagges nur die Professorenvariante, da der zögernde Küchenthal sich nur solange dilatorisch verhalten musste, bis die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge verstrichen war. Da Klagges vor dem Hintergrund des Hochschulkonflikts zwischen NSStB und Hochschulleitung, bei dem er die NS-Studenten unterstützt hatte, auf die Kooperation der Hochschule in einem regelrechten Berufungsverfahren nicht hoffen konnte und dafür die verbleibende Zeit nicht ausgereicht hätte, musste er einen Weg finden, wie die Hochschule umgangen werden konnte. Dies war bei der ganz neuen Professur einfacher als bei der Riekel-Stelle. In jedem Fall bedurfte es einer Denomination, die für Hitler passend gemacht werden musste. Dass später kolportiert wurde, Klagges habe Hitler auf die Riekel-Stelle setzen wollen, hat zwei Gründe. Erstens ging es immer darum und wurde auch so laut Tagebuch von Goebbels¹¹ gegenüber der Parteiführung so präzise kommuniziert, dass Hitler zum a.o. und nicht zum o. Professor ernannt werden solle, was möglich gewesen wäre. Und zweitens wurde spekuliert, dass die Entlassung Riekels und die lange Vakanz der Stelle mit Absicht geschehen sei, um sie für Hitler frei zu halten. Beides sind nur Indizien, bezeichnen aber nicht den wahren Sachverhalt, wie noch zu zeigen sein wird.

Zur rechtlichen Absicherung der Berufung ohne Mitwirkung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, in der die „Hitler-Professur“ angesiedelt werden sollte, des Rektors und des Senats benötigte Klagges ein Gutachten des Hochschulreferenten, MR Dr. ing. E.h. Paul Albrecht. Außerdem musste das Problem der Scheinernennung gelöst werden. Also war die „Berufung“ Hitlers so zu arrangieren, dass eine regelkonforme Verbeamtung zu rechtfertigen war. Dafür war es, auch mit Blick auf den bürgerlichen Koalitionspartner, notwendig, die hohen Hürden, die Keller/Trautmann, Kaisenberg und Jellinek errichtet hatten, durch Gegengutachten zu überwinden.

Deshalb verfasste Klagges nach diversen Konsultationen einen Aktenvermerk mit folgendem Wortlaut an: „In Rücksicht auf die politische Bildung des heranwachsenden Geschlechts halte ich es für dringend erforderlich, daß die Studenten der Technischen Hochschule Gelegenheit erhalten, sich auch im Rahmen der Hochschule über die Grundfragen der Nationalpolitik, die über künftige Schicksalsgestaltung unseres Volkes entscheidet, zu unterrichten. Daher beabsichtige ich seit längerer Zeit, eine Persönlichkeit, die sich theoretisch und praktisch in einer führenden Stellung bewährt hat, an die hiesige Technische Hochschule zu berufen und ihr einen Lehrauftrag für organische Gesellschaftslehre

¹¹ Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. München 1934.

und Politik zu erteilen. Wie mir mitgeteilt wird, würde Herr Schriftsteller Adolf Hitler, München, Prinzregentenplatz 16, 2. Stock bereit sein, einen derartigen Ruf anzunehmen. Da Herr Hitler nicht nur als Führer einer großen politischen Volksbewegung, sondern ebenfalls durch sein grundsätzliches politisches Werk ‚Mein Kampf‘ als wissenschaftlicher Schriftsteller hervorgetreten ist, würde ich die Verwirklichung dieser Möglichkeit lebhaft begrüßen. Durch eine Lehrtätigkeit Adolf Hitlers würde die Bedeutung und das Ansehen der Hochschule zweifellos sehr gesteigert werden. Da Herr Hitler, als Deutsch-Österreicher in Braunau am Inn geboren (20.4.1889), zur Zeit staatenlos ist, legt er Wert darauf, dass seine Berufung in einer Form erfolgt, durch die ihm zugleich das deutsche Staatsbürgerrecht nach § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes verliehen wird. Herrn MR Dr. Albrecht bitte ich zu prüfen, in welcher Form eine sofortige Berufung möglich ist. Da eine Befragung der Hochschule satzungsgemäß nicht erforderlich ist, kann sie in diesem Falle unterbleiben. Herr MR Dr. Kiesel bitte ich zu prüfen, ob die beabsichtigte Form der Berufung den Bedingungen des § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes entspricht. Zu dem letzten Punkt ist auch die Stellungnahme des Herrn OL Gerichtsrats Wanstrat herbeizuführen.
Klagges“¹²

Der juristischen Sachverstand zeigende Vermerk ist mit Korrekturen versehen und handschriftlich auf den 13.2. datiert, dürfte also bereits Tage vorher angefertigt und von einem Referenten vorformuliert worden sein. Er wirft gleich mehrere Fragen auf. Warum wurde er überhaupt verfasst? War er eine Reaktion auf Jellinek, dessen Artikel Klagges an diesem Tag von seinen Beamten nach Lektüre des Reichsverwaltungsblatts vorgelegt worden ist? Diente er als Anweisung für die Gutachten, die die leitenden Beamten im Volksbildungs-, Innen- und Justizministerium verfassen sollten? Haben diese womöglich sogar den Vermerk verlangt, um tätig werden zu können und sich selber gegen den Vorwurf eines ungesetzlichen Vorgangs abzusichern? Da Klagges, obwohl selber kein Jurist, sehr detailliert auf die rechtliche Problematik eingeht, spricht einiges dafür, dass diese seit der Veröffentlichung des Kaisenberg-Gutachtens diskutiert worden ist. Kiesel, Referent in der Abteilung I „Vorsitzender des Staatsministeriums“ sollte das Gegengutachten zu Kaisenberg liefern. Auch der Widerstand der Hochschule dürfte zuvor diskutiert worden sein. Deshalb war die Stellungnahme des für Berufungsverfahren zuständigen Hochschulreferenten Albrecht notwendig, der einen Weg finden musste, wie die TH umgangen werden konnte. Die Behauptung, dass sie im vorliegenden Fall nicht zuständig sei, war umstritten, zumindest, wenn man auf die Riekkel-Stelle zurückgriff. Und schließlich könnte der Vermerk auch in der Absicht verfasst worden sein, dass Klagges sich innerparteilich absichern und insbesondere

¹² Der Aktenvermerk befindet sich in der Personalakte Hitlers, obwohl diese erst später und auch nicht im Volksbildungsministerium angelegt worden ist. Braunschweigisches Staatsministerium, Akten betr. Adolf Hitler. Regierungsrat. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde NS 26/5 – 8.

gegenüber Hitler seine Bemühungen dokumentieren und begründen wollte, warum die Regierungsrat-Variante nach Lage der Dinge nicht in Betracht kam.

Was meinte Klagges mit der Denomination „Organische Gesellschaftslehre und Politik“? Mit großer Sicherheit ist sie von ihm selber formuliert worden. Ging es ihm wirklich nur darum, eine Professur mit neuer Denomination zu schaffen, um die Mitwirkung der Hochschule auszuschalten? Oder hatte Klagges, zumindest im Falle der Riekel-Stelle, mit der Professur ursprünglich eine Absicht verbunden, die über die bloße Einbürgerung Hitlers hinausging, jetzt aber fürs Erste zurückgestellt werden musste? Was verstand er überhaupt unter „organisch“?

Dazu ist ein Blick auf sein Schrifttum geboten, das seit 1932 in dichter Reihenfolge erschien. Auf „Reichtum und soziale Gerechtigkeit. Grundfragen einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre“, die Klagges auf dem linken Flügel der NSDAP verortete, folgte 1934 sein im Sommer 1931 entstandenes und auf einer zwölfjährigen Beschäftigung mit der Thematik basierendes Buch „Idee und System. Vorträge an der Deutschen Hochschule für Politik über Grundfragen nationalsozialistischer Weltanschauung“. Darin gibt es ein Kapitel über „Organische Entwicklung“. 1935 veröffentlichte er „Geschichtsunterricht als nationalpolitische Erziehung“ in der von ihm herausgegebenen Reihe „Volk und Führer“.¹³ 1974 wird schließlich von Andreas Bergeder posthum seine Schrift „Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild“ erscheinen.¹⁴ Auf den Seiten 31-33 wird darin sein biologisches Verständnis von Politik deutlich, die auf Ausscheidungskampf und nicht auf Kompromiss und Ausgleich beruht. Insofern war er nur konsequent, wenn er argumentierte, dass Hitler sich mit dem im Gefängnis verfassten ersten Band von „Mein Kampf“ für die Professur qualifiziert habe.

Demnach muss sich Klagges intensiv mit den Inhalten der für die Hitler-Professur vorgesehenen Denomination beschäftigt haben. 1936 erhob er sogar den parteioffiziell dokumentierten Anspruch, in systematischer Weise die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus ausgearbeitet und für den Geschichtsunterricht aufbereitet zu haben. Die im Licht seiner Schriften nachvollziehbare Denomination der Hitler-Professur deutet also darauf hin, dass er womöglich beabsichtigte, Hitler nicht nur zum Schein zu ernennen, sondern erwartete, dass dieser die Professur tatsächlich auf irgendeine Art und Weise wahrnahm. Vielleicht hatte er sogar vor, die Hitler-Professur zum Fokus eines Instituts zur Verbreitung der NS-Ideologie zu machen, bei dem er im Hintergrund als geistiger Vater gelten und aktiv mitwirken konnte. Ernst August Roloff (1886-1955), Fraktionsvorsitzender der BEL im Landtag

¹³ Dietrich Klagges, Reichtum und soziale Gerechtigkeit. Grundfragen einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1932; ders., Idee und System. Vorträge an der Deutschen Hochschule für Politik über Grundfragen nationalsozialistischer Weltanschauung. Leipzig 1934; ders., Geschichtsunterricht als nationalpolitischer Erziehung. Frankfurt 1936; ders. (Hrsg.), Volk und Führer. Deutsche Geschichte für Schulen. Frankfurt 1941.

¹⁴ Dietrich Klagges, Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild. Hrsg. von Andreas Bergeder. Bassum-Dimhausen 1974.

und zugleich Professor für Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde an der Hochschule, bestätigte bei seiner Vernehmung anlässlich seines Entnazifizierungsverfahrens diese Annahme. Klagges wollte demnach, dass Hitler Vorlesungen halten sollte, die für alle Studenten verbindlich zu besuchen waren. Er, Roloff, habe auf Drängen seiner Kollegen versucht, Klagges von diesem Plan abzubringen.¹⁵ Dies ist ein Hinweis, dass die drohende Blamage einer „Hitler-Professur“ intensiv im Kollegenkreis diskutiert wurde.

Ferner ist zu fragen, warum Klagges die Begriffe „Politik“ statt der damals gebräuchlichen „Staatsbürgerkunde“ und „Gesellschaftslehre“ statt der gebräuchlichen „Soziologie“ verwandte? In der Teildenomination von Roloff hieß es „Staatsbürgerkunde“, in der Denomination des Abteilungskollegen Theodor Geiger „Soziologie“. Wollte Klagges mit seinen Begriffen den Anschein einer fachlichen Überschneidung vermeiden, um weiteren Einwänden zu begegnen? Oder missfiel ihm der Begriff „Staatsbürgerkunde“ als zu demokratisch und zu sehr an Weimar erinnernd? Wäre Hitler tatsächlich in der Lehre tätig geworden, hätte er sich in eine fachliche Konkurrenz zu Geiger und Roloff begeben. Hier könnte nicht nur für Geiger, sondern auch für Roloff ein zusätzliches Motiv zur Ablehnung der „Hitler-Professur“ gelegen haben.

Nachdem er den Aktenvermerk datiert hatte, bestellte Klagges die Gutachten bei den Ministerialräten. Albrecht sollte erkennen, dass Klagges bei der Berufung Hitlers die TH übergehen kann und Kiesel die Frage klären, ob die Einbürgerung nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erfolgen kann. Darin sollte Kiesel sich insbesondere mit der Gesetzeslücke des Paragraphen befassen. Im Protokollbuch der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, am selben Tag zu einer Sitzung zusammengekommen, findet sich kein Hinweis auf eine „Hitler-Professur“, obwohl das Thema wochenlang das Top-Thema der Abteilung war und sicherlich auf dieser Sitzung intensiv diskutiert wurde, zumal mit Roloff ein verantwortlicher Politiker Abteilungsmitglied war.¹⁶

Auch Küchenthal legte am besagten 13.2. einen Vermerk über die Einbürgerungsfrage an, den er aber nicht zu den Akten gab, sondern privat verwahrte. Darin hielt er den Ablauf der Verhandlungen mit Klagges in der Einbürgerungsfrage vom 2.- 8.2. fest. Es geht daraus hervor, wie der ihn zur Gegenzeichnung einer Ernennungsurkunde drängte, dass Küchenthal sich reserviert verhielt und immer wieder auf die politische Zuständigkeit der BEL verwies. Er übergab den Vermerk dem MR Kiesel zur Aufbewahrung. Dass beide Protagonisten am selben Tag Vermerke anlegten, unterstreicht die Wirkung des Artikels von Jellinek, der sich sogar in der Entnazifizierungsakte von Küchenthal findet. Klagges wollte die Berufung in Gang setzen und rechtfertigen, Küchenthal seine

¹⁵Nds, Landesarchiv Wolfenbüttel, 61 Nds. Fb 1 Nr. 1.

¹⁶ Protokollbuch der Abteilung für Kulturwissenschaft 7.2.1928 – 16.1.1937. Archiv der TU Braunschweig, AO: 1:11

Nichtzuständigkeit begründen. Dass Letzterer den Vermerk Kiesel zur Aufbewahrung gab, unterstreicht seine Vorsicht. Damit war Kiesel pikanterweise zweimal involviert – als Gutachter für Klagges und als Vertrauensmann für Küchenthal. Wem war Kiesel gegenüber loyal? Vermutlich war auch er vorsichtig, hatte ein doppeltes Spiel gespielt und abgewartet, wie sich die Dinge entwickeln.

Der 15.2. wurde zum Tag der Entscheidung über die „Hitler-Professur“. Der Braunschweiger Allgemeine Anzeiger meldete unter Berufung auf andere Zeitungen, dass Klagges bereits eine Anstellungsurkunde für Hitler als „Professor für angewandte Pädagogik“ unterschrieben und Küchenthal zugestimmt habe, verwies allerdings auf ein Dementi von Klagges.¹⁷ Die Gerüchteküche brodelte. Durch gezielte Indiskretionen versuchten beide Seiten, die Berufung zu sabotieren oder zu befördern. Währenddessen verfasste Kiesel das bestellte Gutachten unter Bezug auf das bereits vorliegende Gutachten von Albrecht. Aus Albrechts Gutachten ging hervor, dass eine Planstelle für eine Ordentliche Professur (A1b) unbesetzt zur Verfügung steht und dass es keine rechtlichen Bedenken gebe, darauf einen a.o. Professor (A2b) zu berufen. Demnach sollte Hitler eindeutig **nicht** auf die Nachfolge Riekel, der nur ein persönliches Ordinariat hatte, sondern auf die neu in den Haushalt eingestellte Ordentliche Professur berufen werden. Aber warum sollte Hitler nur eine a.o. Professur bekommen, wenn doch eine o. Professur möglich war? Warum hatte Albrecht nicht die vakante Riekel-Stelle für Hitler vorgesehen? Letzteres lässt sich damit erklären, dass sich so die Nichtbeteiligung der Hochschule besser begründen ließ, handelte es sich doch um eine ganz neue und nicht um die Umwidmung einer alten wie im Falle der Riekel-Professur. Die Erklärung für die erste Frage könnte lauten, dass die frei bleibende Spitze für jemanden gedacht war, der vom a.o. zum o. Professor als Dank für seine Mitwirkung bzw. die Aufgabe seines Widerstands befördert werden sollte. Damit konnte nur Roloff gemeint sein, der tatsächlich kurz nach Hitlers Einbürgerung befördert wurde. Unter dem Aspekt, dass alles schnell gehen musste, dass Klagges initiativ werden musste und nicht auf Küchenthal warten konnte und dass eine Kompensation zu bedienen war, war der von Albrecht aufgezeigte Weg der raffinierteste. Jetzt erschließt sich auch vollends der Sinn, warum Küchenthal trotz des Spardrucks die zusätzliche Professur ohne Denomination in den Haushalt eingestellt hatte. Das wiederum heißt, dass er doch für alle Fälle vorgesorgt hatte, und es heißt auch, dass der Fraktionsvorsitzende Roloff von Anfang an in das „Geschäft“ einbezogen war und seine Zustimmung signalisiert hatte, sofern er ein zweites Mal befördert wurde. Die erste Beförderung vom Privatdozenten zum a.o. Professor hatte er 1930 als Kompensation erhalten, nicht bei der Regierungsbildung berücksichtigt worden zu sein.

Kiesel hatte mit seinem Gutachten die Argumentation von Kaisenberg und Jellinek zu kontern und mit der genannten Gesetzeslücke umzugehen. Ohne den Namen Hitler

¹⁷ Hitlers Berufung spukt noch immer in den Köpfen. In: Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 15.2.1932.

in seinem Gutachten zu erwähnen, kam er zu dem Schluss: „Hiernach unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß bei der Verleihung des Staatsamtes eines planmäßigen außerordentlichen Professors an der Technischen Hochschule mit einem Angehörigen eines nichtbraunschweigischen Staates die braunschweigische Staatsangehörigkeit nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1919 ... erworben wird. Die Anstellung im Staatsdienste gilt nach dem § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes für einen Ausländer als 'Einbürgerung'. Der § 14 a.a.O. gilt ausdrücklich auch für Ausländer. ...Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz versteht unter 'Ausländern' alle Personen, die nicht Deutsche (Angehörige eines deutschen Staates oder unmittelbare Reichsangehörige) sind.... Unter Ausländer fallen auch Personen, die keinem Staate angehören, sei es, daß sie eine früher besessene Staatsangehörigkeit ohne Erwerb einer neuen verloren haben, sei es, daß sie bereits mit der Geburt staatenlos gewesen sind.... Hiernach findet der § 14 des Reichsgesetzes vom 22. Juli 1919 auch auf staatenlose Personen Anwendung.“¹⁸

Bei der Schließung der Gesetzeslücke berief sich Kiesel auf diverse juristische Autoritäten und raffinierter Weise sogar auf den Gesetzeskommentar von Keller/Trautmann,¹⁹ indem er argumentierte, dass der § 14 sinngemäß auch für Staatenlose gelte, was im Kommentar von Keller/Trautmann eine Ermessensfrage war. Selbst wenn man Kiesel bis dahin folgt, so unterschlug er, dass Keller/Trautmann weitere Bedingungen forderten, nämlich den „unbescholtenen Lebenswandel“ des zu Verbeamtenden und den Wohnsitz in dem Land, in dem die Person verbeamtet werden soll. Beide Kriterien erfüllte Hitler definitiv nicht. Aufgrund seiner rechtskräftigen Verurteilung war er nicht unbescholten und er wohnte auch nicht im Land Braunschweig, sondern in München. Demnach hätte er auf die Schnelle nur in Bayern via § 14 eingebürgert werden können. Dieses Problem konnte nur durch den unverzüglichen Wechsel von Hitlers Hauptwohnsitz von München nach Braunschweig, wie später tatsächlich zum Schein geschehen, aus der Welt geschafft werden.

Eigentlich hätte Kiesel, wenn er sich konsequent an Keller/Trautmann angelehnt hätte, zu einem abschlägigen Gutachten kommen müssen. Dass er dennoch positiv votierte, zeigt seine selektive Lektüre der juristischen Autoritäten bzw. die zwar juristisch verbrämte, jedoch rein politische Absicht des Gutachtens. Mindestens hätte er deutlich machen müssen, dass Hitler die Professur auch tatsächlich auszuüben hatte, um nicht dem Vorwurf der Scheinernennung ausgesetzt zu sein. Falls Klagges gegenüber Kiesel angedeutet hatte, dass der Professor Hitler auch irgendwie in der Lehre tätig sein sollte, dann hat er diesen Punkt vielleicht als unbegründet betrachtet. Völlig unter den Tisch fallen ließ Kiesel die Bestimmung, dass die Einbürgerung

¹⁸ Kiesel an Klagges vom 19.2.1932. Nds. Landesarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a.

¹⁹ Personalakte Hitler, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde NS 26/5.

mindestens ein Jahr zurück liegen musste, um das passive Wahlrecht zu erlangen. Gegen diese Einwände wehrte er sich nach 1945 mit dem Argument, dass er kein Gutachten zur Zulässigkeit der Kandidatur Hitlers erstellen sollte.

Nachdem beide Gutachten vorlagen, schritt Klagges zur Tat und gab Albrecht noch am Morgen den Auftrag, eine Ernennungsurkunde für Hitler zu entwerfen. Albrecht tat so, wie ihm geheißen, im Laufe des Vormittags, soll aber laut späterer Aussage Küchenthals den Auftrag nur widerwillig ausgeführt haben trotz der raffinierten Beflissenheit, mit der Albrecht seine Aufträge erfüllte. Albrecht war einer der mit dem Vorgang befassten Akteure, der nach dem Machtwechsel in Braunschweig im Volksbildungsministerium durch den Klagges-Adlatus Adolf Schmidt-Bodenstedt (1904-1981) ersetzt wurde. Die Urkunde hatte folgenden Wortlaut:

Dienstvertrag zwischen dem Freistaat Braunschweig und dem Schriftsteller Adolf Hitler in München

1. Der Schriftsteller Adolf Hitler übernimmt am 25. Februar 1932 die planmäßige außerordentliche Professur für `Organische Gesellschaftslehre und Politik´ an der Technischen Hochschule Braunschweig mit der Verpflichtung, bis zu 12 Vorlesungs- und Übungsstunden im Semester wöchentlich zu halten.
2. Der Schriftsteller Adolf Hitler wird als planmäßiger außerordentlicher Professor nach dem Staatsbeamtenbesoldungsgesetz vom 26. Juni 1928 Bes. Gr. A II b besoldet. Der Beginn des Besoldungsdienstalters wird auf den 1. Februar 1932 festgesetzt.
3. Herr Adolf Hitler erhält für seine Vorlesungen und Übungen eingehende Unterrichtsgebührenanteile nach Maßgabe der darüber bestehenden jeweiligen Bestimmungen.
4. Herr Adolf Hitler hat das Recht zur Ausübung privater Tätigkeit, soweit durch diese die Interessen seines Lehrstuhls nicht geschädigt werden.
5. Das Dienstverhältnis des Herrn Adolf Hitler regelt sich neben den Bestimmungen dieses Vertrages nach den Vorschriften des braunschweigischen Staatsbeamtengesetzes vom 4. April 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 30. November 1930 und der zu diesem Gesetz erlassenen Nachträge.

Braunschweig, den Februar 1932
Staatsministerium

München, den Februar 1932

Minister

Minister²⁰

Dass Hitler im Semester bis zu 12 Vorlesungs- und Übungsstunden wöchentlich halten sollte, unterstreicht die über die Einbürgerung hinausgehende Absicht von

²⁰ Text in Manfred Overesch, Professor Hitler. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 16.1981,2. S.57-58.

Klagges und war auch gegen das Argument der Scheinernennung gerichtet. Dass man nach einer „Antrittsvorlesung“ vorerst großzügig mit Beurlaubungen oder Freisemestern hätte operieren können, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls wurden „private Nebentätigkeiten“ (etwa parteipolitischer Art oder Reispräsidentenwahlkämpfe) bereits vorab genehmigt, was auf großen Ermessungsspielraum hindeutet. Der Hinweis auf die Neuformulierung des Staatsbeamtengesetzes von 1930 war notwendig, weil in diesem niedergelegt war, dass die Hochschule bei **neuen** Professuren nicht zu beteiligen ist.

Der eigentliche Haken offenbarte sich erst am Ende der Urkunde und resultierte aus einem anderen Passus des Staatsbeamtengesetzes. Demnach mussten **beide** Minister die Urkunde gegenzeichnen. Ein weiteres Problem schlummerte in dem Hinweis, dass als Wohnsitz Hitlers, durchaus korrekt, München angegeben wurde. Da Hitler wohl kaum eine Pendelprofessur wahrnehmen wollte und er die braunschweigische Staatsbürgerschaft anstrebte, hätte er nach der Ernennung unverzüglich umziehen und sich ummelden müssen, weil nur so die Braunschweiger Polizei für seine Einbürgerung zuständig sein und unverzüglich handeln konnte, zumal sie dem Innenminister Klagges unterstand. Ob die ohne Umzug weiter zuständige Münchener Polizei ohne nähere Prüfung in der gebotenen Eile diese Urkunde ausgestellt hätte, zumal Hitler ja gar nicht bayerischer Beamter geworden wäre, darf doch sehr in Zweifel gezogen werden.

Auch die Hochschulleitung war nicht untätig geblieben. Nachdem Rektor Otto Schmitz (1879-1965) bei Küchenthal mit einem Interventionsversuch abgeblitzt war, der sich als nicht zuständig erklärte und auf den Dienstweg verwies, jener es aber als sinnlos angesehen hatte, den zuständigen Minister direkt anzusprechen, aktivierte er einen anderen Kanal und wandte sich hilfeschend an den Vertrauensmann der Hochschule, den Dr. Ing. ehrenhalber, Zeitungsverleger, Landtagsabgeordneten und politischen Kopf der DVP, Heinrich Wessel (1868-1939). Dies war ein raffinierter Schachzug. Wessel fühlte sich der Carolo Wilhelmina als deren Ehrendoktor in besonderer Weise verbunden und war über die Berufungsabsicht in der Sache wie in der Form vermutlich genauso empört wie Schmitz. Auch wenn es naturgemäß kein Protokoll über dieses Telefonat gibt, so dürfte Wessel dem Rektor doch versichert haben, alles in seiner Macht Stehende zu tun, den unsäglichen „Professor Hitler“ zu verhindern. Wessel verlangte umgehend Auskunft von Küchenthal, die ihm anders als Schmitz nicht verweigert werden konnte. Jener versicherte, als er realisierte, dass ein „Professor Hitler“ in der DVP nicht durchsetzungsfähig war bzw. im Landtag nicht mehrheitsfähig gewesen wäre, eine Ernennungsurkunde nicht gegenzeichnen zu wollen, da sie nicht durch einen Beschluss der BEL-Fraktion gedeckt worden wäre. Damit hatte sich Küchenthal festgelegt, war die Klagges-Initiative am Telefon verhindert worden. Auch Wessel, von dem in den folgenden Tagen in der Einbürgerungsfrage der größte Widerstand ausging, war in der Pflicht. Als DVP-Abgeordneter unterlag er nicht der Rücksichtnahme auf die „Harzburger Front“ wie seine BEL-Kollegen aus der DNVP. Über die Wolfenbütteler Zeitung gebot er über

ein Organ, in dem er die öffentliche Meinung im Lande bezüglich der Angelegenheit beeinflussen konnte. Wessel war, weil Schmitz ihn für die Interessen der Hochschule einzusetzen wusste, zu einem mächtigen und unabhängigen Vetospieler geworden.

Auf welchem Kanal die Absicht der Berufung an diesem Tag der Hochschulleitung bekannt geworden war und Schmitz zum unverzüglichen Handeln trieb, ist unklar. Entweder war es die Meldung des Allgemeinen Anzeigers, dass Klagges die Urkunde bereits unterschrieben habe, oder die Vermutung von Roloff jun. trifft zu, dass der insgeheim empörte Hochschulreferent Albrecht, der auch von der Hochschule mit dem Dr. ing. E.h. geehrt worden war, den Rektor diskret informiert hatte.²¹ Schmitz hatte aber nicht nur Wessel eingeschaltet, sondern dürfte auch an Roloff in dessen Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender der BEL herangetreten sein. Dass Roloff informiert wurde, geht aus dessen Aufzeichnung aus dem Jahr 1950 hervor. Demnach hatte nicht nur Kiesel (pro Klagges), sondern auch Albrecht (pro Küchenthal) ein doppeltes Spiel gespielt. Der Vorgang macht deutlich, wie sehr auch Minister von den Kompetenzen und Verbindungen der Beamten der zweiten Führungsebene abhängen.

Klagges unterzeichnete die Urkunde und marschierte damit ins Dienstzimmer von Küchenthal. Zuvor hatte er die Anweisung gegeben, dass die Referenten Albrecht (Volksbildung), Kiesel (Staatsministerium) und Wanstrat (Justiz) sich zu weiteren Erläuterungen bereithalten sollten. Küchenthal, gegenüber Wessel im Wort, verweigerte die Gegenzeichnung mit dem Argument, dass es sich nicht um eine normale Beamtenernennung handle, sondern um einen politischen Akt, der der Entscheidung der BEL vorbehalten sei. Ferner erklärte er, Roloff als deren Fraktionsführer informieren zu wollen. Eine Konsultation der bereitstehenden Beamten lehnte er ab, da er über die Rechtslage bestens informiert sei. Dass die Weigerung Küchenthals so eindeutig doch nicht war, geht allerdings aus einem Detail hervor, das sich erst in seinem Entnazifizierungsverfahren offenbarte. Auf den Vorhalt des „Öffentlichen Anklägers“ und ehemaligen Rektors Schmitz, persönlich in der Hochschule erschienen zu sein, um einen geeigneten Raum für Hitlers Antrittsvorlesung zu inspizieren, widersprach Küchenthal nicht. Also hatte er doch erwogen gegen zu zeichnen, weil so die größere Verantwortung bei Klagges lag, dann aber dem Druck von Wessel nachgegeben. Oder er hatte spekuliert, dass er die Verantwortung mit seiner Weigerung elegant auf die Fraktion der BEL und damit deren Vorsitzenden Roloff abschieben konnte.

Angesichts des Eklats muss Klagges entsetzt gewesen sein. Nicht nur dass seine Berufungsabsicht gescheitert war und sich womöglich auch seine weitergehenden hochschulpolitischen Absichten verflüchtigten, angesichts des immer knapper werdenden Zeitraums bis zur Einreichung der Kandidatenvorschläge geriet auch die Vorbereitung des Wahlkampfes in Gefahr, waren doch Plakate zu drucken und Säle

²¹Ernst-August Roloff, *Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich*. Hannover 1961, S. 90.

für die Kundgebungen zu buchen. Also kam er nicht umhin, kleinlaut Goebbels sein Scheitern am Telefon zu melden. Damit hatte er auch noch sein Gesicht gegenüber Hitler verloren, angesichts des zu erwartenden Spotts der Presse über die geplante „Antrittsvorlesung“ Hitlers würde er sich sogar dessen Zorn zuziehen.²² Dennoch musste Klagges vorsichtig sein. Wenn er jetzt die harte Konfrontation gegenüber Küchenthal suchte, riskierte er den neuerlichen Bruch der Koalition. Den thüringer Präzedenzfall hatte er sicher vor Augen. Sollte die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig nicht völlig scheitern, immerhin gab es ja noch die Regierungsrat-Variante, durfte es auf keinen Fall zum Bruch der Koalition kommen. Also musste er wohl oder übel weiter taktieren. Klagges muss die Urkunde, obwohl sie ohne die Unterschrift von Küchenthal wertlos war, Hitler später ausgehändigt haben. Jedenfalls wurde sie von Manfred Overesch im Bundesarchiv Koblenz unter den „privatesten Papieren“ Hitlers gefunden.²³ So konnte er zumindest seine Bemühungen dokumentieren, um gegenüber Hitler sein Gesicht zu wahren. Wie man es drehte und wendete, für Klagges war es ein schwarzer Tag, dessen Folgen bezüglich seines Verhältnisses zu Hitler ihn immer wieder einholen sollten.

Aber auch Küchenthal dürfte bei seiner Weigerung nicht ganz wohl gewesen sein, befand er sich doch von Anfang an in einem Dilemma. Wenn er Verantwortung übernahm und unterschrieb, bekam er Schwierigkeiten, zumindest mit dem DVP-Partner in der BEL, mit nicht absehbaren Konsequenzen für die Zukunft der Koalition und damit auch für sich als Minister. Wenn er keine Verantwortung übernahm, bekam er auch Schwierigkeiten - mit Roloff, auf den er die Verantwortung abwälzen wollte, mit Klagges wegen seiner Weigerung und womöglich mit noch gar nicht absehbaren Konsequenzen am Ende sogar mit Hitler.

Jedenfalls informierte er umgehend Roloff, der laut Küchenthal erklärt haben soll: „Darauf habe ich schon lange gewartet.“ Auch Roloff musste taktieren. Auch er dürfte zumindest nach außen gegen die Berufung gewesen sein, weil er unter dem Druck der TH-Kollegen, gerade aus seiner Abteilung, und des Rektorats stand, vielleicht auch, weil er einen Professor Hitler für „Organische Politik“ als Konkurrenten fürchtete. Eine Einbürgerung auf andere Weise dürfte er nicht ausgeschlossen haben, weil ihm für seine Mitwirkung der Preis der neuerlichen Beförderung winkte. Bei einer völligen Ablehnung der Initiative von Klagges drohte der Bruch der Koalition, die Mobilisierung der SA, der Koalitionswechsel der DVP oder Neuwahlen, bei denen die BEL insgesamt oder die DNVP alleine nur verlieren konnte. Also setzte er eine Beratung der BEL-Fraktion nach der Sitzung des Landtags am 17.2.1932 an. Nach dem Gespräch mit Roloff meldete Küchenthal Vollzug bei Wessel, der wiederum Schmitz in Kenntnis setzte.²⁴ Der Rektor konnte vorerst zufrieden sein, war

²² Vgl. dazu die Karikatur in Vorwärts vom 21.2.1932.

²³ Hitler. Vollauf geeignet. In: Der Spiegel Nr. 6, 1981. S. 85-86.

²⁴ Dieses und viele andere Details bei Werner Küchenthal, Etliche Erinnerungen aus der Zeit seiner Tätigkeit von 1925 ab als Braunschweigischer Staatsminister und Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums, als Reichsfinanzbeamter und von 1933 bis 1944 als

dieser Kelch doch an seiner Hochschule vorübergegangen. Nicht gefallen haben dürfte ihm die Meldung des Volksfreunds, dass Küchenthal sich geweigert habe, seine Anfrage zu beantworten.²⁵ So hatte Klagges erfahren, dass er umgangen werden sollte, und begann zu ahnen, wie seine Initiative ausgehebelt worden war.

Alle diese Gespräche und Aktivitäten entfalteten ihre Eigengesetzlichkeit. Klagges, der kleinlaut die Parteizentrale informierte, versetzte diese in helle Aufregung. Spätestens jetzt musste dort klar geworden sein, dass die Einbürgerung kein Selbstläufer war, sondern wie in Thüringen zu scheitern drohte, und ganz neue Wege, etwa durch Reaktivierung der „Harzburger Front“, gegangen werden mussten. Klar war auch, dass in der braunschweiger DVP das eigentliche Hindernis lag, an die man aber nicht über diese Schiene herankam. Sehr wohl aber, wie tatsächlich geschehen, über die Schiene der verwandtschaftlichen Beziehung des Klagges-Rivalen Ernst Zörner (1895-1945 oder 1960) mit dessen Schwager und DVP-Vorstand Carl Heimbs (1878-1972). Roloff muss klar geworden sein, dass die Einbürgerung nicht als rein administrativer Vorgang zu regeln war, sondern die Fraktion und womöglich das gesamte Parlament beschäftigen würde. Wessel muss klar geworden sein, dass die Kuh keineswegs vom Eis war, sondern die Einbürgerungsfrage nur vertagt war und man auf eine neue Koalitions- bzw. BEL-Krise zusteuerte. Schmitz und den Kollegen der Hochschule muss klar geworden sein, dass zwar der Professor Hitler, nicht aber die Verbeamtung verhindert war. Womöglich würde Klagges am Ende in eine Position gelangen, aus der er die Professoren, die sich offen gegen Hitler positioniert hatten, noch ganz anders unter Druck setzen konnte. Also dürfte in der Hochschule eine latente Absetzbewegung in Gang gekommen sein.

Ernst Kriek und die Vorgeschichte der Bernhard Rust-Hochschule

Was hat nun die „Hitler-Professur“ und die gescheiterte Berufung mit der Bernhard Rust-Hochschule (BHR) zu tun? Wir erinnern uns. Am 13.2. hatte Klagges den Aktenvermerk angelegt, mit dem er die Berufung Hitlers in Gang setzen wollte. Die Antwort erschließt sich erst, wenn man die Perspektive ändert, die „Hitler-Professur“ anders kontextualisiert und Quellen heranzieht, die für die Einbürgerungsfrage irrelevant, für Klagges' eigentliche Absicht aber hochrelevant sind. In dem Vermerk schrieb er, der deshalb nochmals zitiert wird: „In Rücksicht auf die politische Bildung des heranwachsenden Geschlechts halte ich es für dringend erforderlich, daß die Studenten der Technischen Hochschule über die Grundfragen der Nationalpolitik, die über die künftige Schicksalsgestaltung unseres Volkes entscheidet, zu unterrichten. Daher beabsichtige ich seit längerer Zeit, eine Persönlichkeit, die sich theoretisch

Präsident der Braunschweigischen Staatsbank in 4 Bänden. MS o.J. (1969, Nachträge 1970, 1971); hier Bd. III, S. 211.

²⁵ „Hitler wird Professor?“ in: der Volksfreund vom 13.2.1932.

und praktisch in einer führenden Stellung bewährt hat, an die hiesige Technische Hochschule zu berufen“.²⁶

Wenn man die zitierten Sätze liest, ohne sie auf die Ad hoc-Begründung zur Berufung Hitlers zu beziehen, sondern auf jemand Anderen, und wenn man nicht die unbesetzte Professur ohne Denomination, sondern die vakante Riekel-Stelle im Auge hat, dann ist durchaus denkbar, dass sie ernst gemeint waren. Klagges wollte, so meine These, auf diese Stelle in der Tat eine Persönlichkeit berufen, die den zitierten Sätzen entsprach, nur sollte diese Persönlichkeit ursprünglich nicht Hitler sein. Dass ihm der Druck, Hitler zu berufen, in die Quere kam, verzögerte zwar seine eigentliche Absicht, schloss deren Verfolgung aber nicht grundsätzlich aus. Immerhin hatte er durch die Denomination der „Hitler-Professur“ bereits eine Richtung vorgegeben, die sich nutzen ließ und sogar ausbaufähig war. So erschließt sich auch die Formulierung „seit längerer Zeit“, die sich nicht nur auf die noch kurze Amtszeit als Volksbildungsminister, sondern auf seine gesamte Zeit im Ministerium bezog, seit er mit der Wahl seines Vorgängers Franzen im September 1930 als Hilfsreferent ins Ministerium gekommen war. Mit den „Grundfragen der Nationalpolitik“ und der „politischen Bildung des heranwachsenden Geschlechts“ hatte Klagges sich bereits zuvor schriftstellerisch und als Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin befasst. Da er angesichts der angespannten Haushaltslage nicht beliebig neue Professuren schaffen konnte und Küchenthal als Finanzminister mitspielen musste, blieb nur der Rückgriff auf die vakante Professur in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung gegen deren zu erwartenden Widerstand. Wie im Falle Hitlers war diese durch Umwidmung als eine neue Professur zu deklarieren, um die Mitwirkung der Hochschule auszuhebeln. Falls Klagges dieses Vorhaben „seit längerer Zeit“ im Sinne hatte, konnte er an dessen Verwirklichung erst gehen, seit er zum Nachfolger von Franzen gewählt worden war. Damit sind wir wieder bei der Nachfolge Riekel, die nach dem verhinderten Professor Hitler wieder in den Focus von Klagges geriet.

Zum Verständnis ist ein kurzer Rückblick geboten. Mit Regierungsantritt der SPD-Regierung 1927 war die bis dato seminaristische Volksschullehrerausbildung von vier Semestern im Sinne der sozialdemokratischen Bildungsreform zu einem sechssemestrigen akademischen Studium aufgewertet worden. Da es dem kleinen Land anders als in Preußen nicht möglich war, dafür eine Pädagogische Hochschule zu gründen, wurde die Kulturwissenschaftliche Abteilung, bislang vornehmlich für das Studium Generale der technischen und naturwissenschaftlichen Fächer zuständig, zusätzlich mit der Ausbildung von angehenden Volksschullehrern betraut. Zu diesem Zwecke war sie personell aufgestockt worden. Volksbildungsminister Hans Sievers (1893-1965) hatte etliche Reformpädagogen, so auch Riekel, berufen, um die sozialdemokratische Bildungsreform umzusetzen. Dieser hatte sein Amt am 1.7.1928 als planmäßiger a.o. Professor für Pädagogik, aufgewertet durch ein persönliches

²⁶ Braunschweigisches Staatsministerium, Akten betr. Adolf Hitler. Regierungsrat. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde NS 26/5 – 8

Ordinariat, angetreten und dazu noch ein „Forschungsinstitut für Erziehungswissenschaften“ erhalten, das prominent im Salve Hospes untergebracht war. Nach dem Regierungswechsel gerieten als erste die Reformpädagogen unter Druck. Riegel wurde am 15.4.1931 von Franzen zwangsweise emeritiert, nachdem die Abteilungskollegen, womöglich um ihre eigene Haut zu retten, mitgespielt hatten.

Seitdem war die Professur vakant und wurde und zum Spielball widerstreitender Interessen von Abteilung und Minister, wobei Klagges als Referent im Volksbildungsministerium bereits mitmischte.²⁷ Durch den Rücktritt von Franzen am 27.7.1931, die zweimonatige Regierungskrise und die Wahl von Klagges als dessen Nachfolger am 15.9.1931 wurde das Gezerre um die Riegel-Nachfolge verlängert. Zunächst hatte es nach einem routinemäßigen Berufungsverfahren ausgesehen.²⁸ Der Pädagoge Oswald Kroh war der Wunschkandidat der Abteilung. Als dieser den Ruf Mitte Juli 1931 ablehnte, schlug Dekan Gehlhoff am 12.8.1931 mit Schreiben an Rektor Schmitz dessen ehemaligen Assistenten Gerhard Pfahler vor. Am 24.8.1931, Franzen war bereits zurückgetreten, hatte der Rektor den Abteilungsvorschlag an das Ministerium weitergeleitet. Parallel zur Wiederaufnahme des Verfahrens wurde allerdings die intrigante Initiative im Ministerium gestartet, Ernst Kriek (1882-1947) ins Spiel zu bringen. Vermutlich steckte Klagges dahinter und begann in dem Interim, in dem Franzen nur noch kommissarisch im Amt war, den eigentlich zuständigen Hochschulreferenten Albrecht auszuspielen und als Hilfsreferent im Referat für Volks- und Mittelschulen Berufungspolitik zu betreiben. Jedenfalls sah sich der Rektor am 22.8.1931 mit Schreiben an Klagges und nicht etwa an Albrecht genötigt zu erklären, warum die Hochschule eine Berufung von Kriek ablehne. Die von der Abteilung befragten Kollegen Eduard Spranger, Theodor Litt und Herman Nohl, allesamt renommierte Pädagogen, hatten zwar regelrechte Gutachten abgelehnt, sich aber negativ über Kriek geäußert und ihn als schwierige Persönlichkeit bezeichnet, der mit vielen Kollegen in offenem Streit liege.

Trotz der Intervention von Klagges hatte Franzen, immer noch kommissarisch im Amt, die Berufungsverhandlungen mit Pfahler gebilligt. Dieser sollte zum 1.11.1931 berufen werden. Der Dienstvertrag war schon ausgefertigt, Pfahler hatte den Konditionen zugestimmt und unterschrieben. Alles schien trotz Regierungskrise wunschgemäß im Sinne der Abteilung zu verlaufen. Doch bevor die Berufung umgesetzt wurde, war die Regierungskrise zu Ende und Klagges anstelle von Franzen Volksbildungsminister. Damit waren die Karten neu gemischt. Klagges war nicht mehr intriganter Hilfsreferent, sondern Chef des Ministeriums. Die Landeszeitung spekulierte am 18.9.1931 in dem Artikel „Neue Verhandlungen um den Lehrstuhl für Pädagogik“ über die Berufung und deutete an, dass sich der Wind gedreht habe.²⁹ Am 24.10.1931 teilte Klagges der Hochschule mit: „Durch die

²⁷ Eine gute Darstellung über den Ablauf der Ereignisse liefert Claudia Bei der Wieden, Vom Seminar zur Lehrerbildungsanstalt Die braunschweiger Lehrerbildung 1918 bis 1945. Köln 1996.

²⁸ Zu den Details Nds Landesarchiv Wolfenbüttel, Anstellung von Professoren 12 A Neu 16, Nr. 75.

²⁹ Neue Verhandlungen um den Lehrstuhl für Pädagogik. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 18.9.1931.

Kenntnisnahme der wissenschaftlichen Veröffentlichungen Prof. Pfahlers habe ich den Eindruck gewonnen, daß sein Interesse in der Hauptsache auf psychologische und pädagogische Einzelfragen gerichtet ist. Bei aller Würdigung des wissenschaftlichen Wertes dieser Arbeiten muß ich doch darauf hinweisen, daß der Fakultät (sic) für die Ausbildung der künftigen Volks- und Mittelschullehrer vor allem ein Mann fehlt, der das Problem der Erziehung in seiner Gesamtheit erfaßt, und der zugleich imstande ist, Aufgabe und Vorgang der Erziehung in ihrer organischen Verbundenheit mit den übrigen Seiten des Volkslebens darzustellen.“³⁰ Da war es wieder, das Adjektiv „organisch“. Mit dem Schreiben kassierte er die Berufung Pfahlers und forderte die Abteilung auf, stattdessen Ernst Kriek vorzuschlagen. Der Subtext lautete: Ich fühle mich, anders als der Jurist Franzen, persönlich in Fragen der Pädagogik kompetent und werde die Richtung, die die Abteilung in dieser Hinsicht einzuschlagen hat, vorgeben. Abgesandt wurde das Schreiben allerdings erst am 5.1.1932. Warum? Am 27.11.1931 hatte das Ministerium bei Kriek sondiert, ob er zur Verfügung stehe. Kriek hatte am 7.12.1931, an Klagges persönlich adressiert, geantwortet und sich selber für die Professur vorgeschlagen. Also konnte Klagges, in dem Bewusstsein, seinen Wunschkandidaten bereits an der Hand zu haben, Pfahler ablehnen und von der Hochschule einen Vorschlag Kriek verlangen. Anders als Franzen hatte er demonstriert, dass er bereit war, massiv in die Autonomie der Hochschule einzugreifen. Auch diese Demonstration gehört zur Vorgeschichte des Versuchs, Hitler zu berufen.

Noch gab sich die Abteilung nicht geschlagen. Das Protokollbuch verzeichnet für die Sitzung vom 27.1.1932 den Eintrag, dass man Kriek ablehnt und auf Pfahler beharrt.³¹ Dekan Gehlhoff sandte ein entsprechendes Gutachten an Rektor Schmitz, das dieser noch am selben Tag an den Minister weiterleitete. Mittlerweile ging es nicht mehr nur um die Personalie, sondern um die Autonomie der Hochschule in Berufungsfragen. Klagges antwortete am 30.1.1932 mit Schreiben an Schmitz in einer Art, als wäre er selber Mitglied der Berufungskommission: „Erforderlich ist hier ein Mann, der sowohl den Geist der Erziehung als eine organisch-nationale Aufgabe bestimmt, wie auch die Übertragung dieser Aufgabe ins Praktische anbahnt. Kriek, der 25 Jahre Volksschullehrer war, der sich dann, aufbauend auf seiner reichen praktischen Erfahrung, eine ganz selbständige theoretische Einsicht in das Wesen der Erziehungsaufgabe vom organischen Standpunkte aus erarbeitet hat, wie ich sie bei keinem Pädagogen finde, was ja auch schon 1925 durch die Verleihung des Dr. h.c. anerkannt wurde, ist dazu der einzige, der überhaupt zur Verfügung steht.“ Zur nochmaligen Erinnerung: In der Begründung für die „Hitler-Professur“ für „organische Gesellschaftslehre und Politik“ schwebte Klagges eine Persönlichkeit vor, „die sich thematisch und praktisch...bewährt“ hat. Es folgte der Ukas: „Das zur Berufung erforderliche ist zu veranlassen.“³² Das war starker Tobak. Klagges lehnte nicht nur

³⁰ Nds Landesarchiv Wolfenbüttel, Anstellung von Professoren 12 A Neu 16 Nr. 75.

³¹ Archiv der TU Braunschweig, Protokollbuch der Abteilung für Kulturwissenschaft 7.2.1928 – 16.1.1937. AO : 1 : 11. Die Abteilung befasste sich laut Protokollbuch erst am 1.11.1933 wieder mit der Riekel-Nachfolge, als eine Berufsungsliste mit Berger auf Platz 1 beschlossen wurde.

³² Nds Landessarchiv, Anstellung von Professoren 12 A Neu 16, Nr. 75.

den Berufungsvorschlag der Abteilung ab, sondern bestimmte auch noch, wer zu berufen war und lieferte gleich die inhaltliche Begründung, die er in dem Gutachten erwartete, mit, behauptete gar, dass der von ihm verlangte der Einzige sei, der überhaupt in Frage käme. Dem Zweifel an der fachlichen und laufbahnmäßigen Qualifikation (fehlendes Studium, fehlende Promotion und Habilitation) setzte er ähnlich wie im Falle Hitlers das Argument der 25jährigen Praxis als Volksschullehrer und den Dr. h.c. entgegen.

Bemerkenswert ist auch die Terminologie, die Klagges in seinen Schriftsätzen verwandte. Bei Pfahler bemängelte er den fehlenden ganzheitlichen Ansatz („Erziehung in seiner Gesamtheit“) und die nicht erkennbare Fähigkeit, die „Erziehung in ihrer organischen Verbundenheit mit den übrigen Seiten des Volkslebens darzustellen“. Bei Kriek lobte er die Fähigkeit „Erziehung als eine organisch-nationale Aufgabe“ zu bestimmen und in der Lage zu sein, das „Wesen der Erziehungsaufgabe vom organischen Standpunkte“ aus zu erarbeiten. Man beginnt zu verstehen, wieso das Verhältnis zwischen Hochschule und Minister schon wenige Wochen nach dessen Dienstantritt und lange vor der Hitler-Affäre auf einen Fundamentalkonflikt zusteuerte. Ob sich Rektor und Abteilung dem Drängen des Ministers gebeugt hätten oder ob eine gegenseitige Blockade die Vakanz verlängert hätte, diese Frage lässt sich nicht beantworten, weil mit der drängenden Einbürgerung Hitlers ein neuer Aspekt ins Spiel gekommen war. Aus der Perspektive der Berufungsgeschichte und der Rolle, die Klagges dabei spielte, scheint immerhin klar, dass er genauso überrascht wurde wie die Hochschule. Auch deshalb erscheint es nahezu ausgeschlossen, dass die Riekel-Profsur von Franzen oder Klagges mit Absicht vakant gehalten wurde, weil sie für Hitler vorgesehen war. Dazu sollte die andere, trotz des Spardrucks in den Haushalt eingestellte, Professur dienen. Nachdem die Berufung Hitlers gescheitert war und dafür auch nicht die Riekel-Stelle geopfert werden musste, kam Kriek wieder ins Spiel. Vielleicht war Klagges klammheimlich sogar froh, dass Hitler am Ende über die Regierungsrat-Variante eingebürgert wurde, war Kriek doch sicherlich die bessere Alternative zur Verwirklichung seiner bildungspolitischen Ziele.

Wer war Kriek, dass sich Klagges so auf ihn versteift hatte? Was bezweckte er mit dessen Berufung? Ernst Kriek³³ war neben Alfred Baeumler (1887-1968) mit seiner „Politischen Pädagogik“ der führende Erziehungswissenschaftler des Nationalsozialismus. Nach Abschluss der Realschule hatte er das Lehrerseminar besucht und war Volksschullehrer geworden. Während seiner Lehrertätigkeit wurde er als Autodidakt pädagogisch-schriftstellerisch tätig und hatte 1922 die „Philosophie der Erziehung“ veröffentlicht. Für dieses Werk war er mit der Ehrendoktorwürde der Universität Heidelberg ausgezeichnet worden. 1928 hatte er einen Ruf an die Pädagogische Hochschule in Frankfurt erhalten und dort bis Ende der 1920er Jahre

³³ Gerhard Müller, Ernst Kriek und die nationalsozialistische Wissenschaftsreform. Motive und Tendenzen einer Wissenschaftslehre und Hochschulreform im Dritten Reich. Weinheim 1978; Hermann Giesecke, Hitlers Pädagogen. Theorie und Praxis nationalsozialistischer Erziehung. Weinheim 1993.

liberale Positionen in Auseinandersetzung mit der Schulpolitik von SPD, Katholischer Kirche und Zentrum vertreten. Seitdem verfolgte er eine „völkische“ Orientierung und wurde Mitglied im antisemitischen „Kampfbund für deutsche Kultur“. Die eigentliche Wende vollzog er in Reaktion auf eine Denunziation seiner „Rede am Feuer. Johannismacht im Taunus“ vor bündischen Studenten.³⁴ Der dem Anlass entsprechende völkisch inspirierte Inhalt endete mit einem „Heil dem Dritten Reich“. Ob damit das „Dritte Reich“ im Sinne des Nationalsozialismus gemeint war, ist im Kontext der Rede nicht eindeutig, aber immerhin denkbar. Als die zumindest missverständliche Formulierung öffentlich gemacht wurde und den Preußischen Landtag beschäftigte, veranlasste Kultusminister Grimme eine Strafversetzung Kriecks an die PH Dortmund. Die Affäre („Der Fall Kriek“) hatte bei den negativen Äußerungen der um Gutachten gebetenen Kollegen eine Rolle gespielt.

Kriek war seitdem in Opposition zur Bildungspolitik der Weimarer Republik gegangen, trat den Dienst in Dortmund nicht an, sondern ließ sich krankschreiben. Sowohl Klagges mit seiner Befürwortung wie der Abteilung mit ihrer Ablehnung dürften der Fall Kriek und dessen Kontext vollkommen bewusst gewesen sein. Er trat am 1.1.1932 in den NS-Lehrerbund (Mitglieds-Nr. 2.340) und die NSDAP (Mitgliedsnummer 710.670) ein und verortete sich dort auf dem linken „sozialistischen“ Flügel. Während der Krankschreibung schrieb er innerhalb weniger Monate das Buch „Nationalpolitische Erziehung“, 1932 im völkischen Armanen-Verlag, einer Abteilung des Diesterweg-Verlages, erschienen, in dem er eine „organische Volksgemeinschaft“ propagierte.³⁵ Mit dem Buch unternahm er nach seinem Eintritt in die NSDAP den Versuch, Einfluss auf die Bildungspolitik der Partei zu nehmen und schrieb: „Darum wird notwendig auch alle Wissenschaft, die sich aktiv an der Gesamtaufgabe beteiligt, **politische Wissenschaft** und mitsamt der Politik rassistisch, völkisch und nationalsozialistisch bedingt ausgerichtet.“ Bezüglich der praktischen Umsetzung heißt es: „Die Hochschule hat Lehrer auszubilden, die auf das nationalpolitische Ziel realistisch“ vorbereiten.

Diese und ähnliche Formulierungen dürften Klagges, dessen Schriften auch im Armanen-Verlag erschienen sind, gefallen haben. Es ist nicht auszuschließen, dass Klagges bei seinen eigenen Schriften bis in die Terminologie von „organisch“ und „nationalpolitisch“ von Kriek beeinflusst wurde. Es klingt so, als hätte Kriek bei der Denomination der Hitler-Professur Pate gestanden. Mindestens hatten sich hier zwei Männer im gemeinsamen Geiste gefunden, die eine fast schon parallele Biographie verband. Beide waren ursprünglich Volksschullehrer, beide waren wegen ihrer NS-Agitation mit den preußischen Kultusbehörden aneinander geraten, beide waren vom Dienst suspendiert worden, beide gehörten zu den wenigen Intellektuellen in der NSDAP, beide hatten einen reformpädagogischen Anspruch im Sinne des Nationalsozialismus und beide publizierten sogar im selben Verlag. Kriek hatte die Idee und Klagges hatte, seit er Volksbildungsminister war, die Macht, zumindest in

³⁴Veröffentlicht in: Der Ring 4.1931, Nr. 36, S. 678.

³⁵ Ernst Kriek, Nationalpolitische Erziehung. Leipzig 1932. 3. Aufl; Zitate S. 11f bzw. 177.

Braunschweig beider Vorstellungen von nationalsozialistischer Erziehung umzusetzen. Insofern musste Kriek trotz fehlender laufbahnrechtlicher Voraussetzungen die ideale Besetzung für diese Aufgabe sein. Insofern war es für Klagges ein Geschenk des Himmels, dass ausgerechnet eine Pädagogik-Professur frei war und in der verbliebenen Amtszeit von Franzen nicht wiederbesetzt worden war. Der Ort zur Verbreitung der NS-Pädagogik sollte die Kulturwissenschaftliche Abteilung der TH Braunschweig sein, die Zug um Zug durch ideologisch einschlägige Berufungen und Lehraufträge (wie z.B. für dem Geographen Banse) neu auszurichten war. Dass Klagges nicht sofort auf seine eigentliche Absicht zurückkam, lag am anhaltenden Widerstand der Hochschule gegen Kriek. Erst nachdem mit der Gleichschaltung am 1. Mai 1933 auch in dieser Hinsicht die Machfrage geklärt war, unternahm er einen neuerlichen Anlauf. Doch da war es bereits zu spät. Kriek war inzwischen zu einem prominenten NS-Pädagogen aufgestiegen, dem sich attraktivere Optionen boten.

Auf der Ersten Reichstagung des NS-Lehrerbundes im Berliner Sportpalast Ostern 1932 hatte er das Hauptreferat „Erziehung und Bildung im nationalsozialistischen Staat“ gehalten. Gleichzeitig war auch seine „Nationalpolitische Erziehung“ erschienen, die von 1932 – 1934 den Rang eines Standardwerks der NS-Pädagogik genoss und eine Gesamtauflage von 80.000 Exemplaren erreichte. Nach dem Osterauftritt hatte Kultusminister Grimme wegen anhaltender NS-Agitation ein Dienststrafverfahren in Gang gesetzt, das aber nicht mehr zum Abschluss gebracht werden konnte, weil mit Papens „Preußenschlag“ die Regierung abgesetzt wurde. Kriek wurde an die Frankfurter PH zurückbeordert, erhielt am 1.5.1933 den Ruf auf den Lehrstuhl für Pädagogik an der Frankfurter Universität und wurde sogar zum Rektor ernannt. Damit war Kriek der erste Rektor ohne Hochschulbildung! Im Januar 1934 erhielt er einen weiteren Ruf an die Universität Heidelberg, den er am 1.4.1934 auch annahm. Als er auch in Heidelberg zum Rektor ernannt wurde, hatte er bereits den Höhepunkt seiner Karriere erreicht. Nach der Entmachtung des linken Flügels der NSDAP war auch die Zeit einer nationalsozialistisch inspirierten Hochschulreform im Sinne Krieks vorbei. Klagges hätte gewarnt sein müssen. Dass er (wieder wie Klagges) zur SS übertrat und es dort bis zum Obersturmbannführer brachte, sollte ihm nicht mehr helfen. Nach wachsendem Druck gab er am 1.10.1938 das Rektorat in Heidelberg wieder auf und trat sogar aus der SS aus. Am 19.11.1945 wurde er von der amerikanischen Besatzungsmacht aus dem Hochschuldienst entlassen und starb am 19.3.1947 im Internierungslager.

Hochschule oder Lehrerbildungsanstalt

Bevor wir die weiteren Bemühungen um die Wiederbesetzung der Riekel-Professur und deren Weiterungen verfolgen, ist ein Exkurs geboten, da sich im Konflikt um Riekel und dessen Nachfolge alle Aspekte der Reform der Lehrerbildung in der Endphase der Weimarer Republik wie der Frühphase der NS-Herrschaft bündeln. Dieses Konfliktbündel zu entwirren, verlangt dessen systematische Auffächerung. Ein grundsätzlicher Konflikt drehte sich um die Frage, ob die Ausbildung von Volks- und

Mittelschullehrern seminaristisch oder akademisch erfolgen sollte. Dass die Gymnasiallehrer ein fachwissenschaftliches Universitätsstudium zu absolvieren hatten, das das Abitur voraussetzte, stand außer Frage. Seminaristisch hieß eine viersemestrige, unterrichtspraktisch orientierte Ausbildung, die lediglich den Abschluss der Volksschule voraussetzte und von erfahrenen Lehrern betrieben wurde. Akademisch hieß eine sechssemestrige Ausbildung an einer Pädagogischen Hochschule, bei der die Grundwissenschaften (Pädagogik, Psychologie, Philosophie, Soziologie) neben den Unterrichtsfächern und der Unterrichtsdidaktik einen hohen Stellenwert hatten. Diesen Weg war die sozialdemokratische Reform der Lehrerausbildung in Preußen gegangen. Im kleinen Braunschweig war seit 1927 die Kulturwissenschaftliche Abteilung der Ersatz für eine PH. Diese Variante war im Land auf konservativen Widerstand gestoßen, hatte 1930 den Landtagswahlkampf bestimmt und womöglich den Ausschlag gegeben, warum die BEL trotz Bedenken die Koalition mit der NSDAP eingegangen war – nicht um die akademische Lehrerausbildung schlechthin, wohl aber deren reformpädagogische Ausrichtung zu stoppen. Dass es auch innerhalb der NSDAP einen „reformsozialistischen“ Flügel der Lehrerausbildung gab, dem Klages zuzuordnen war, hatten die bürgerlichen Politiker nicht sehen wollen oder nicht voraussehen können.

Die zweite Konfliktlinie entzündete sich an Statusfragen. Die Lehrkräfte an den Lehrerseminaren waren selber Lehrer ohne wissenschaftlichen Anspruch. Die Lehrkräfte an den Pädagogischen Hochschulen konnten sich Professoren nennen, doch standen sie statusmäßig unter den Universitätsprofessoren, zumal ihnen das Promotionsrecht verwehrt wurde. Insofern nahmen die Professoren an der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH Braunschweig eine Zwischenposition ein. In der Lehre waren sie zwar hauptsächlich mit Lehramtsstudenten befasst, waren aber Professoren an einer TH mit Promotionsrecht. Da Studierende für das Gymnasiale Lehramt an der TH Braunschweig zwar kein Staatsexamen ablegen, aber immerhin einige Semester studieren konnten und die Kulturwissenschaftliche Abteilung für die Ingenieur – und Naturwissenschaften die nichttechnischen Grundlagenfächer anbot, konnten sie sich als vollwertige Universitätsprofessoren verstehen, auch wenn die TH Braunschweig den Rang einer TU erst 1968 bekam, seit dort das Staatsexamen für das Gymnasiale Lehramt abgelegt werden konnte und die Lehramtsfächer personell ausgebaut wurden. Das Abteilungsmitglied Roloff war zwar ein Gegner der sozialdemokratischen Reformpädagogik, aber unbedingter Befürworter der akademischen Lehrerbildung.³⁶

Die dritte Konfliktlinie war weltanschaulicher Art. Hier standen sich die emanzipatorische sozialdemokratische Reformpädagogik (Riekkel, Paulsen, Geiger u.a.), eine bürgerlich-nationalkonservative Pädagogik (Roloff, seit 1933 der Wendehals Hoppe, Herwig u.a.) und eine antibürgerliche nationalsozialistische

³⁶ Roloff hatte sich bereits 1931 und 1932 in zwei Aufsätzen „Die akademische Lehrerbildung in Gefahr!“ und „Was kostet die akademische Lehrerbildung in Braunschweig?“ In: Schulblatt für Braunschweig und Anhalt 44.1931,32, S. 937-943 und 45.1932, 1-2, S. 8-12 vehement für die akademische Lehrerbildung ausgesprochen, die er auch in der NS-Zeit erhalten wollte.

Reformpädagogik, wie sie von Klagges und Kriek vertreten wurde, gegenüber. Während die SPD-Regierung 1927 auf die Gründung einer PH verzichtet hatte, diese wurde erst 1945 in Form der Kant-Hochschule und erneut im Sinne der sozialdemokratischen Reformpädagogik gegründet,³⁷ war für die nationalsozialistische Reformpädagogik diese Option selbst im kleinen Land Braunschweig nicht nur denkbar, sondern sollte mit der BHR durch die Herauslösung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung aus der TH umgesetzt werden. Deshalb wehrten sich die bürgerlich-konservativen Mitglieder der Abteilung nach der Ausschaltung der sozialdemokratischen Kollegen vehement gegen ein solches Ansinnen, das sie statusmäßig als eine Herabstufung empfinden mussten.

In dem Maße, wie der linke Flügel der NSDAP 1934 als Folge der Liquidierung von Strasser und der SA-Führung im Zuge des sog. Röhm-Putsches innerparteilich ins Abseits geriet, geriet auch die Vorstellung einer PH im Sinne der Erziehungsvorstellungen von Kriek und Klagges in die Defensive, bekam die Rückkehr zur seminaristischen Volksschullehrerausbildung aus der Zeit vor 1927 wieder Auftrieb. An diesem Punkt kam der bildungsferne Autodidakt Hitler ins Spiel, der sich in Erinnerung an seine prekären schulischen Erfahrungen vehement gegen eine akademische Volksschullehrerausbildung aussprach. Was ein Gymnasium, was eine akademische Lehrerbildung ausmachte, davon konnte der Schulabbrecher und designierte „Professor“ Hitler keine Vorstellung haben. Im Hintergrund dürften grundsätzliche Kontroversen, was denn eigentlich das Wesen einer nationalsozialistischen Pädagogik sei, eine Rolle gespielt haben. Dubios ist auch die Position des eigentlich für diese Frage zuständigen Ministers Bernhard Rust (1883-1945).³⁸ Obwohl die Hochschule für Lehrerbildung nach ihm benannt wurde, hatte er von Anfang an Vorbehalte - weil er von Hitlers Abneigung wusste, weil er vielleicht als Gauleiter für Südhannover-Braunschweig (1925-1940) Klagges den Triumph einer eigenen Hochschule für Lehrerbildung nicht gönnte und weil er womöglich als ehemaliger Lehrer des Ratsgymnasiums in Hannover (1911-1930) eine Aversion gegen die Akademisierung der Volksschullehrerausbildung hegte, zumal diese mit Besoldungsfragen für die Absolventen und dem Promotionsrecht für eine PH verquickt war. Aus dem Schuldienst war er 1930 freiwillig, aber aus politischen Gründen ausgeschieden. Als Reichserziehungsminister stand er in permanenter Konkurrenz zu Goebbels, da beide verwandten Ressorts vorstanden, galt als entscheidungsschwache Person, die mit Alkoholproblemen zu kämpfen hatte. Als Alter Kämpfer konnte er sich aber der Protektion Hitlers sicher sein, bis er von

³⁷ Vgl. dazu Gerhard Himmelmann, 50 Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig. In: Fünfzig Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig. Festschrift. Braunschweig 1995, S. 11-90. Da die Kant-Hochschule das Gebäude der BRH und auch etliche Dozenten aus der NS-Zeit übernahm, war die in gewisser Weise doch deren Nachfolgerin.

³⁸ Die einzige Monographie zu Rust stammt von Ulf Pedersen, Bernhard Rust: Ein nationalsozialistischer Politiker vor dem Hintergrund seiner Zeit. Braunschweig 1994, die allerdings bezüglich dessen pädagogischen Vorstellungen nicht weiterhilft.

Bormann demontiert wurde, im Dezember 1940 als Gauleiter zurücktrat und von Hartmann Lauterbacher ersetzt wurde.

Der hochschulpolitische Unterschied zwischen Franzen und Klagges bestand nicht nur darin, dass dieser radikaler als jener in die Autonomie der Hochschule eingriff. Franzen reichte es, die Kulturwissenschaftliche Abteilung von den sozialdemokratischen Kollegen zu säubern, durch Parteigänger der Koalitionspartner zu ersetzen, den bei der Regierungsbildung zu kurz gekommenen Roloff zu versorgen und ihm dort das Feld zu überlassen. Klagges hingegen wollte viel mehr – nämlich die Verwirklichung seiner pädagogischen Vorstellungen. Dazu bedurfte es einer eigenständigen Institution, die sogar reichsweit Vorbildcharakter für die NS-Erziehungspolitik beanspruchte und so zur Aufwertung von Braunschweig als „Stätte nationalsozialistischer Erziehungsarbeit“ beitrug. Nebenbei konnte er für sich die Rolle eines nationalsozialistischen Chefideologen unter besonderer Berücksichtigung der Pädagogik reklamieren.

Leider stand sein Wunschkandidat nicht mehr zur Verfügung. Kriek war zwar im März 1933 nochmals ins Spiel gebracht worden, wie aus einem Schreiben von Dekan Roloff an Klagges vom 26.3.1933 hervorgeht. Da die Kulturwissenschaftliche Abteilung mittlerweile gleichgeschaltet war, gab es von ihrer Seite keinen Widerstand mehr. Der auf Roloff folgende Dekan Hoppe musste Rektor Horrmann am 17.5.1933 allerdings mitteilen, dass die Abteilung zwar für Kriek sei, dieser aber signalisiert habe, in Frankfurt bleiben zu wollen.³⁹ Also hatte man sich erneut auf die Suche zu machen. In dieser Situation fiel zum ersten Male der Name Friedrich Berger (1901-1974), der von Kroh, dem ursprünglichen Wunschkandidaten der Abteilung, empfohlen worden war.

Im Oktober wurden die Berufungsvorträge gehalten. Der dazu eingeladene Berger sprach am 20.10. über das Thema „Die völkischen Richtkräfte in der Neugestaltung deutscher Erziehung“⁴⁰, während die anderen Kandidaten eher ideologisch unbefangene Themen gewählt hatten. Berger erläuterte darin, was er unter „organisch-ganzheitlicher“ Erziehung verstand, nämlich „daß nicht mehr die Ausrichtung auf die Vernunft im Mittelpunkt steht, sondern die Bindung an den übergreifenden Volksorganismus“. Entweder hatte Berger das richtige Gespür für die Situation oder jemand hatte ihm den Tipp gegeben, sich an den Vorstellungen von Klagges zu orientieren. Jedenfalls wurde er am 1.11.1933 auf Platz 1 der Liste gesetzt trotz Vorbehalt gegenüber seiner wissenschaftlichen Qualifikation. Deshalb wurde ihm nur die a.o. Professur ohne persönliches Ordinariat wie im Falle Riekels angeboten. Klagges hatte den Vorschlag womöglich nur nolens volens akzeptiert, da Berger gemessen an Kriek allenfalls zweite Wahl war. Berger nahm den Ruf am 23.3.1934 trotz der Herabstufung an. Damit war am 1.4.1934 die dreijährige Vakanz beendet. Mit der Berufung war die Lage aber keineswegs bereinigt, da er rasch in Konflikt mit den anderen Abteilungsmitgliedern geriet - vordergründig, weil er keine

³⁹ Nds. Landesarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu 16, Nr. 75.

⁴⁰ Veröffentlicht in der Halbmonatsschrift Niedersächsischer Erzieher 1.1933. S. 43-50, Zitat S. 45-46.

wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Veröffentlichungen vorweisen konnte. 1935 erschien der kleine Aufsatz „Grundlagen und Grundkräfte der deutschen Volkwerdung und Staatsgestaltung“⁴¹, 1936 folgte das 32seitige Opus „Volk und Rasse als Grundlage und Ziel deutscher Erziehung“.⁴²

Hintergründig ging es um den aufziehenden Statuskonflikt. Klagges hatte sich nämlich ans Werk gemacht, endlich sein erziehungspolitisches Ziel in Angriff zu nehmen, nur dass statt Kriek jetzt Berger im Auftrag von Klagges für dessen Realisierung zu sorgen hatte. Das Volksbildungsministerium hatte er, nachdem er Küchenthal 1933 als Regierungschef beerbt hatte, wohlweislich behalten. Berufen fühlte er sich auch aufgrund seiner publizistischen Tätigkeit in Grundfragen der NS-Ideologie in politischer wirtschaftlicher und pädagogischer, anfänglich sogar in theologischer Hinsicht,⁴³ die er auch als Ministerpräsident fortsetzte. Fleiß kann man ihm nicht absprechen. Dass sich er seit längerer Zeit, wie im Aktenvermerk zur Berufung Hitlers betont, mit der Thematik befasst hatte, ist also nicht zu leugnen. Der Anspruch wird noch dadurch unterstrichen, dass er vom 19. – 21.4.1933 in der Burg Dankwarderode eine Geschichtsbücherkonferenz veranstaltete in der Absicht, unter dem Titel „Volk und Führer“ eine komplette Schulbuchreihe im Geiste des Nationalsozialismus herauszubringen.⁴⁴ Die Jahrgangsbände wurden ab 1934 verfasst, erzielten aber aufgrund der Konkurrenz anderer Schulbuchverlage nicht den erhofften durchschlagenden Erfolg.⁴⁵ Mehr noch - er wollte sogar eine eigene Lehrerbildungsanstalt, in der in diesem Geiste Volksschullehrer ausgebildet werden.

Die Gründung der Bernhard Rust-Hochschule

Seine eigentliche Absicht verstand Klagges zunächst geschickt zu verbergen, indem er sich die eklatante räumliche Beengtheit der Abteilung zu Nutze machte. Die Zahl der Studierenden an der Hochschule war zwar seit Anfang der 1920er Jahre nicht gestiegen und bewegte sich von Semester zu Semester zwischen 950 und 1150, doch hatte die Zahl derjenigen, die auf die Allgemeinbildenden Fächer entfielen und von der Kulturwissenschaftlichen Abteilung betreut wurden, trotz erheblicher Schwankungen von 164 (SS 1927) auf 389 (SS 1935) zugenommen.⁴⁶ Dieser Zuwachs war das Resultat der Akademisierung der Volksschullehrerausbildung. Insofern war Klagges sogar Nutznießer der Bemühungen seines Vorgängers

⁴¹ In: Niedersächsischer Erzieher 3.1935,1. S. 2-10.

⁴² Friedrich Berger, Volk und Rasse als Grundlage und Ziel deutscher Erziehung. Stuttgart 1936.

⁴³ Dietrich Klagges, Das Urevangelium Jesu, der deutsche Glaube. Leipzig 1926.

⁴⁴ Klaus Erich Pollmann, Die nationalsozialistische Hochschulpolitik und ihre Wirkungen in Braunschweig. In: Walter Kertz (Hrsg.), Technische Universität Braunschweig. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität 1745-1995. Hildesheim 1995, S. 443-465, hier S. 462.

⁴⁵ Vgl. dazu Agnes Blänsdorf, Lehrwerke für Geschichtsunterricht an Höheren Schulen 1933-1945. Autoren und Verlage unter den Bedingungen des Nationalsozialismus. In: Hartmut Lehmann/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Bd. 1. Göttingen 2004. S. 273-370. Eine komplette Sammlung der von Klagges angeregten Bände ist im Georg Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung verfügbar.

⁴⁶ Daten in Braunschweig in der Statistik. Braunschweig 1936, S. 56.

Sievers. Zudem waren die Seminare der Abteilung verstreut untergebracht wie das Historische Seminar im Schloss, das für die SS-Junkerschule geräumt werden musste. Angesichts des dringenden Raumbedarfs beauftragte Klagges im Herbst 1934 den Architekten Julius Petersen, einen Entwurf für ein eigenes Abteilungsgebäude anzufertigen, in dem alle Seminare inklusive Bibliotheken, Sammlungs- und Unterrichtsräume unterzubringen waren. Alle Kollegen arbeiteten bereitwillig mit und meldeten ihren Raumbedarf an in Erwartung einer attraktiven Perspektive für die Abteilung. Am 15.12.1934 legte Petersen den Entwurf vor.

Zum Verständnis des weiteren Ablaufs sind einige Personalien zu berücksichtigen. Am 6.6.1935 wechselte Staatsrat Adolf Schmidt-Bodenstedt, aufgrund einer Bewerbung, wie er selber später vorgab, nach Berlin zu Rust ins REM. Dort war er für das Landjahr, ein einjähriger Pflichtdienst zwischen Schule und Ausbildung, und die Volksschullehrerbildung zuständig. Der Wechsel bedarf der Interpretation. Für Schmidt-Bodenstedt bedeutete er einen Karrieresprung, der ihn als ehemaligen Hilfslehrer, damals noch als Adolf Schmidt, der Volksschule in Bodenstedt bis zum Ministerialdirigenten beförderte. Es sah so aus, als hätte Klagges seinen wichtigsten bildungspolitischen Mitarbeiter, der sich auch konzeptionell mit Fragen der Lehrerbildung beschäftigt hatte, im REM untergebracht, um die notwendige Schützenhilfe für seine ambitionierten Vorhaben zu bekommen, die als Folge der Zentralisierung dort zu genehmigen waren. Auf den zweiten Blick bewirkte die Versetzung das genaue Gegenteil. Schmidt-Bodenstedt hatte während seiner Zeit als Landtagsabgeordneter mit Alpers den radikalen Flügel der braunschweiger NSDAP angeführt, zur „Lehrerfraktion“ gehört und war nach dem Machtwechsel von Klagges zum Staatsrat als seinem Vertreter im Volksbildungsministerium ernannt worden. In der Folgezeit wurde er allerdings, wie er nach 1945 anlässlich seines Entnazifizierungsverfahrens aussagte, durch Alpers und Jeckeln in dessen Gunst verdrängt.⁴⁷ Insofern spricht alles dafür, dass er als Folge eines Zerwürfnisses nach Berlin „weggelobt“ worden war. Ob auch unterschiedliche Vorstellungen bezüglich der NS-Pädagogik ein Grund waren, ist nicht auszuschließen. Immerhin hatte Schmidt-Bodenstedt auch nur das Lehrerseminar durchlaufen und es erst im zweiten Anlauf erfolgreich absolviert. Es drängt sich der Eindruck auf, dass er von einem enttäuschten Anhänger von Klagges in Berlin zu einem Parteigänger von Rust mutierte, der mit seiner Zuständigkeit für die Volksschullehrerausbildung den Hebel in die Hand bekam, seinem Lehrmeister ins Handwerk zu pfuschen. Jedenfalls teilte das REM am 18.9.1935 per Erlass mit, dass die Gründung eigener Einrichtungen zur Lehrerbildung beabsichtigt sind. Dieser Erlass, der den Neubauplänen für die Kulturwissenschaftliche Abteilung zuwiderlief, dürfte Klagges bewogen haben, das Projekt zu überdenken und die drohende Reseminarisierung durch eine Gegeninitiative zu kontern, um wenigstens die sechssemestrige Ausbildung zu retten.

⁴⁷ Nds. Landesarchiv Wolfenbüttel, Schmidt-Bodenstedt, Adolf, Vernehmung durch Staatsanwalt Erdmann am 9.3.1949. 62 Nds Fb.2 Nr. 782

Störend war, dass Berger so schnell mit den Abteilungskollegen in Konflikt geriet. Am 12.9.1935 informierte Dekan Hoppe den Rektor über Probleme mit Berger. Als Berger dessen Nachfolger wurde und das Führerprinzip auch in der Abteilung durchsetzen wollte, heizte dies den Konflikt weiter an. Ein vergleichbarer Wechsel im Arbeitsstil bahnte sich auch im Rektorat an. Am 1.10.1935 war der Oberbaurat und Parteigenosse Emil Herzig, obwohl fachlich nicht einschlägig, von Klagges auf die freie Professur für Baukonstruktionslehre berufen worden. Er war nur aufgrund seiner Intervention überhaupt auf Platz 3 der Liste gekommen. Rektor Horrmann hatte dennoch wunschgemäß Herzig mit dem Argument „Die Hochschule würde in ihm einen bewährten nationalsozialistischen Kämpfer erhalten“ als den Geeignetsten vorgeschlagen.⁴⁸ Klagges verband damit die Absicht, dem immer noch dem Kollegialitätsprinzip verhafteten und von ihm ernannten Pharmazeuten Horrmann durch einen „Führer-Rektor“ zu ersetzen. Wenige Monate später bat dieser um seine Entlassung. Am 1.6.1936 wurde Herzig von Klagges zum neuen Rektor ernannt.

Aus Sicht von Klagges resultierte aus den personellen Veränderungen eine komplexe Situation bezüglich seiner bildungspolitischen Absichten. Der Erlass des REM hatte klargemacht, dass die Tage der akademischen Lehrerbildung gezählt waren. Die Hoffnungen der Kollegen auf ein eigenes Abteilungsgebäude hatten nicht nur einen Dämpfer erhalten, sie mussten sogar damit rechnen, dass ihr Stellenwert an der Hochschule, der sich über die vielen Lehramtsstudenten definierte, sinken würde, wenn das Lehrerseminar zurückkehrte und sie nur noch für die Allgemeinbildenden Fächer zuständig sein würden. Insofern waren auch sie trotz aller Kritik Nutznießer der sozialdemokratischen Reformpädagogik gewesen. Was Klagges in dieser heiklen Situation überhaupt nicht gebrauchen konnte, war ein Konflikt zwischen Berger und den Abteilungskollegen. Positiv hingegen war, dass mit Herzig an der Spitze der Hochschule und Berger an der Spitze der Abteilung Personen standen, auf deren Loyalität Klagges bauen konnte. Berger hatte sich im Juli 1934 mit einer zehneitigen Denkschrift „Die erziehungswissenschaftlich-theoretische Ausbildung im Rahmen des Volksschullehrerstudiums in Braunschweig“ als Ersatz für Kriek empfohlen, war hinsichtlich der Entakademisierung allerdings radikaler als Klagges, der die wissenschaftliche Ausbildung stärker betonte. Um aus der verfahrenen Situation heraus zu kommen, muss bei Klagges der Entschluss gereift sein, den Entwurf von Petersen für den Neubau der Abteilung zu kassieren und auf eine große Lösung zu setzen.⁴⁹ Diese bestand darin, die Kulturwissenschaftliche Abteilung aus der TH zum personellen Grundstock einer eigenen Hochschule für Lehrerbildung zu machen.⁵⁰ Berger sollte das Konzept⁵¹

⁴⁸ Daniel Weißelhöft, Von fleißigen Mitmachern, Aktivisten und Tätern. Die Technische Hochschule Braunschweig im Nationalsozialismus. Hildesheim 2012, S. 252ff.

⁴⁹ Vgl. Dazu Holger Pump-Uhlmann, Der Gebäudekomplex für die ehemalige „Bernhard-Rust-Hochschule“ 1935-1937. In: Kertz 1995. S. 567-581.

⁵⁰ Vgl. dazu die Denkschrift von Schulrat Goes „Die Lehrerbildung in Braunschweig“. Nds. Landesarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu 13 Nr. 21570.

⁵¹ Diese Aufgabe erfüllte er in „Der Aufbau der Braunschweigischen Lehrerbildung“. In: Deutsches Bildungswesen 4.1936. S. 79-88. Ein am Ende des Textes angekündigter Schluss, der noch folgen sollte, ist offenbar nie erschienen.

erarbeiten und den Übergang organisieren, Herzig sein Plazet geben und, vielleicht auch ein Argument, den Entwurf für einen Gebäudekomplex liefern, der weit über die Planung von Petersen hinausging. Der Ort sollte der „Kleine Exerzierplatz“ in unmittelbarer Nähe des Hauptgebäudes sein, der nicht nur Raum für die Gebäude, sondern auch für eine großzügige Sportanlage bot, um dem Gleichklang von geistiger Erziehung und körperlicher Ertüchtigung auch baulichen Ausdruck zu verleihen.⁵²

Um dem Einwand des REM entgegenzuwirken, dass das Vorhaben weit mehr als eine Lehrerbildungsanstalt im seminaristischen Sinne zu werden versprach, köderte er den Minister mit der Namensgebung. Klagges schrieb an Rust im Dezember 1935: „Mit dem Namen `Bernhard-Rust-Hochschule´ in Braunschweig soll nicht nur äußerlich – durch die Errichtung eines neuen ansehnlichen Gebäudes mit allen neuzeitlichen Einrichtungen und Bereitstellung aller Unterrichtsmittel – die besondere Stellung und Aufgabe zum Ausdruck gebracht werden, sondern ich bin Wollens, den inneren Geist so zu gestalten, daß die Arbeit richtungsweisend für alle Hochschulen im Reich sein kann und zur Schaffung des neuen Erziehertyps wesentlich beiträgt. Dazu bedarf es der Umformung und Auslese aller Bildungsmittel, die den Erziehern eine ganz bestimmte weltanschauliche Haltung bringen. Die Erarbeitung dieses planmäßigen Bildungsgutes, das nach einheitlichen Gesichtspunkten aus allen Wissensgebieten zu einem in sich verzweigten und verbundenen System wachsen soll, kann mit der notwendigen Gründlichkeit und Sorgfalt kaum in einem viersemestrigen Studium geschehen.“⁵³ Mit diesen Argumenten beantragte er die Ausnahmeregelung, an der BHR sechs statt vier Semester zu unterrichten. Der Name „Bernhard Rust-Hochschule für Lehrerbildung“ war einerseits eine Verbeugung vor dem Minister und andererseits durch den Zusatz „für Lehrerbildung“ und die Ausgliederung aus der TH eine Referenz an den Erlass. Wieder hatte Klagges sich als geschickter Stratege erwiesen. Bereits im Dezember war der Name für die Hochschule geläufig. Den Widerstand der Abteilungskollegen gegen die Ausgliederung hoffte Klagges durch den Begriff „Hochschule“ zu besänftigen.

Beide Rechnungen sind nicht aufgegangen. Berger war der einzige Kollege der Abteilung, der sich vorbehaltlos hinter das Projekt stellte. Vielleicht sah er darin die Chance, die Vorbehalte gegen seine akademische Qualifikation zu beseitigen und am Ende auch die Abstufung zum a.o. Professor aufzuheben. Klagges benötigte für sein Projekt aber nicht nur einen Berger, sondern die gesamte Abteilung. Als sich der Widerstand versteifte, erklärte Berger am 24.8.1936 unter Berufung auf das Führerprinzip, die Versetzung an die BHR allein durchsetzen zu wollen. Im November erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt, als Roloff, Herwig, Koswig und Hoppe darauf bestanden, Ordinarien an der TH bleiben zu wollen selbst um den Preis, einen großen Teil ihrer Studenten zu verlieren. Sie waren lediglich bereit,

⁵² Zur Geschichte des Vorhabens vgl. den Katalogband zur im Treppenhaus des Gebäudes gezeigten Ausstellung Eberhard, Andreas/Strominski, Lars, Vom kleinen Exer zum Haus der Wissenschaft. Der Ort, das Haus, seine Geschichte. Braunschweig 2017.

⁵³ Nds. Landesarchiv Wolfenbüttel 12 A neu 13 Nr. 21570.

zusätzliche Lehraufträge an der neuen Hochschule zu übernehmen. Weil Berger sich außerstande sah, die Situation zu befrieden, reagierte Klagges am 13.7.1937 mit einem „Tadel“ aller „fünf Herren“. Inhaltlich waren sie ausweislich ihrer Lehreveranstaltungen und Veröffentlichungen längst auf eine konforme Linie eingeschwenkt und bis auf Roloff als „Märzgefallene“ in die Partei eingetreten. Was sie allerdings nicht mitmachen wollten, war die Herabstufung von der prestigeträchtigen Position eines Ordinarius an der TH Braunschweig an eine sich Hochschule nennende Einrichtung, die sich ausschließlich der Ausbildung von Volksschullehrern widmete und über der noch das Damokles-Schwert der Reseminarisierung hing. Am klassischen Lehrerseminar unterrichteten Volksschullehrer ohne Universitätsstudium und keine habilitierten Ordinarien.

Während der am 19.3.1935 mit der Grundsteinlegung begonnene Gebäudekomplex nach den Plänen von Herzig im Stil des Spätexpressionismus zügig voranschritt, sollte Berger die Abwicklung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung vorantreiben. Am 23.5.1937 wurde die BHR auf Einladung von NSDAP-Kreisleitung und Staatsministerium mit großem zeremoniellem Aufwand eröffnet. Die aus diesem Anlass angelegte Akte⁵⁴ gibt einen tiefen Einblick in die propagandistische Wirkung, die Klagges mit dessen Einweihung erzielen wollte. Die Bevölkerung war durch schwülstige Vorberichte auf das Ereignis eingestimmt worden.⁵⁵ Geladen waren nicht nur die örtlichen Repräsentanten von Partei, Staat und Wirtschaft, sondern auch die Rektoren sämtlicher Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und vergleichbarer Bildungseinrichtungen im ganzen Reich. Angetreten zur Einweihung unter großer Teilnahme der Bevölkerung waren die Gliederungen der Partei auf dem Sportplatz hinter dem Gebäudekomplex. Umfassend informiert wurde reichsweit die Presse in der Hoffnung auf ein entsprechendes Echo. Werner Keiner drehte sogar einen Film.⁵⁶ Höhepunkt nach den Ansprachen von Klagges, Rust und Herzig war die Überreichung des Schlüssels an Rust, sicherlich einer der Höhepunkte in Klagges' politischer Karriere. Anschließend paradierten Gliederungen der Partei vor dem Hauptgebäude der TH und speisten die geladenen Ehrengäste im Deutschen Haus. Selbst die Speisefolge und der dazu gereichte Wein mussten dem Staatsministerium vorgelegt werden.

Die Botschaft lautete: Mit der BHR wird eine Hochschule von universitärem Rang eröffnet – mehr noch, es wird eine Hochschule für Lehrerbildung eingeweiht, die in Architektur und Lehrinhalten den Anspruch eines nationalsozialistischen Erziehungsmodells weit über die Grenzen Braunschweigs hinaus erhebt. Symbolischer Ausdruck des Führerprinzips ist der hoch aufragende mit einem steilen Dach und Kuppel versehene Turm. Klagges ist zugleich deren Bauherr wie deren

⁵⁴ Nds. Landesarchiv Wolfenbüttel, Braunschweigisches Staatsministerium, Akten Bernhard-Rust-Hochschule. 1937- unter 12 A Neu 13, Nr. 37837.

⁵⁵ Erwin Mundt, „Bernhard-Rust-Hochschule“ vor der Weihe. Ein Bildbericht. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 22./23.5.1937; Georg Alt, Rust-Hochschule: aus Heimatboden gewachsen. In: Braunschweiger Tageszeitung vom 22./23.5.1937; Karl Schulze, Die Bernhard-Rust-Hochschule. Sie entstand aus dem Erleben der Zeit. Innere Wahrhaftigkeit formte das Bauwerk. In: ebd.

⁵⁶ Der Film ist erhalten. Keiner hatte sein Studio in Braunschweig unter der Adresse Ölschlägern 26.

Spiritus Rektor. Erzogen, nicht ausgebildet oder gar gebildet, werden sollen Volksschullehrer im wahren wie im übertragenen Sinne des Wortes im Geiste von Kriek (und Klagges), die in den Volksschulen des Landes daran zu arbeiten haben, den neuen Menschen im Geiste des Nationalsozialismus zu formen.

Die Pressearbeit des Staatsministeriums war sehr erfolgreich, wie die Artikel unterstreichen, die sich sowohl mit der Architektur des Gebäudes wie mit der darin stattfindenden Erziehungsarbeit befassten.⁵⁷ Exemplarisch sei Klagges selber aus seinem mit etlichen Außen- und Innenansichten illustrierten Beitrag für die Leipziger Illustrierte Zeitung zitiert, der in der Reihe „Neugestaltung des deutschen Bildungswesens“ erschienen ist. „Als stolzer Zeuge neuen deutschen Bauwillens, als Gestalt gewordener Ausdruck nationalsozialistischen Wollens, erhebt sich der künstlerische Zweckbau der Bernhard-Rust-Hochschule in Braunschweig, aus heimischem Backstein geformt. Hoch und beherrschend reckt sich der Turm, das Führerprinzip unseres Staates kraftvoll symbolisierend, im Raum der niederdeutschen Landschaft, deren einer der bedeutungsvollsten Mittelpunkte die alte Herzogs- und Hansestadt Braunschweig ist.

Selbständig und bevorzugt wächst als wichtiger Teil aus dem Turmbau die Turnhalle, die mit einem großen Sportplatz eng verbunden ist. Hier hat der Körper eine nicht weniger zielbewußte und systematische Erziehungs- und Pflegestätte als in den anderen Räumen der Geist.... Vorbildlich angelegt ist ein weiterer Abschnitt, der das Naturhistorische Museum und die Räume aufgenommen hat, in denen unsere neue biologisch begründete Volks- und Staatsauffassung durch eine sorgfältige Forschungsarbeit auf dem Gebiete der Rassenkunde und der Vererbungslehre untermauert wird...“⁵⁸

Trotz dieses Anspruchs war das Lieblingsprojekt von Klagges bereits am Tage der Einweihung zum Scheitern verurteilt. Rust verplapperte sich bei seiner Rede mit dem Hinweis, dass die Rückkehr zur viersemestrigen, also seminaristischen, Ausbildung bereits geplant sei.⁵⁹ Dafür bedurfte es keinesfalls und schon gar nicht in einem so kleinen Land wie Braunschweig eines architektonisch spektakulären Gebäudes mit 400 Räumen, darunter Aula mit Empore und Orgel, Ehrenhalle, Professorenzimmer, „Führerbalkon“ zum Innenhof, wenn die Gefolgschaft angetreten war, um die Parolen entgegen zu nehmen, Naturhistorisches Museum, Sternwarte, Turnhalle mit vier Ausgangstoren und Freitreppe, gedacht für zeremonielle Ausmärsche zum dahinterliegenden Sportplatz, Schwimmbad und großzügigem Freigelände für Fußball, Leichtathletik, Turnen und Tennis. Die Gebäudetechnik und die Ausstattung

⁵⁷ So z.B. Neuer Geist in Stein geformt. Die Bernhard-Rust-Hochschule steht vor der Vollendung. In: Braunschweiger Tageszeitung vom 10./11.4.1937; Dietrich Klagges, Die Bernhard-Rust-Hochschule für Lehrerbildung in Braunschweig. In: Illustrierte Zeitung Nr. 4821 vom 5.8.1937. S. 174-175 und in Braunschweiger Kalender 1938, S. 41-42; Emil Herzig, Bernhard-Rust-Hochschule in Braunschweig. In: Deutsche Bauhütte 41.1937. S. 154-155; ders., Neuer deutscher Baukulturwille. In: Völkischer Beobachter, Sonderbeilage Braunschweig, Folge 16 vom 16.1.1938.

⁵⁸ Klagges 1937, S. 174-175.

⁵⁹ Bei der Wieden 1996, S. 168f.

der Sammlungen, Hörsäle und Sportgeräte orientierten sich am neuesten Stand. Auch die Kapazität zur Ausbildung von 300 Studenten ging weit über den Bedarf des Landes hinaus, ein Indiz, dass hier perspektivisch die Deckung eines weitaus größeren Bedarfs, etwa im Gauformat, angepeilt wurde.

Gefallen haben dürfte Klagges nicht, wie Berger die Kulturwissenschaftliche Abteilung abwickelte. Statt der großen Lösung, deren Personal komplett in die BHR zu verlagern, musste wegen des zähen Widerstands der gegen den Statusverlust kämpfenden Kollegen ein mühsamer Kompromiss gefunden werden. Am 6.1.1937 fand ausweislich des Protokollbuchs die letzte Abteilungssitzung statt. Der Kompromiss war, dass Berger, Hoppe und Roloff am 1.4. kommissarisch an die BRH versetzt wurden, aber ihre Planstellen an der TH behielten und dort Lehraufträge wahrnahmen. Herwig und Koswig blieben an der TH und übernahmen umgekehrt Lehraufträge an der PH. Berger wurde nicht mit der erhofften Leitung beauftragt, sondern bis Mitte Januar 1938 der Biologe Sanftleben. Auf Sanftleben folgte Herwig kommissarisch und dann ein weiterer Biologe Karl Friel, der sich mit der Schrift „Nationalpolitisches Denken ist biologisches Denken“ empfohlen hatte. Damit entsprach er dem organischen Politikverständnis von Klagges. Als Friel aufgrund einer Affäre nach wenigen Wochen das Feld wieder räumen musste, kam mit Beginn des Wintersemesters 1938/39 endlich Berger zum Zuge. Demnach war er für Klagges nur vierte Wahl, weil er sich im Konflikt mit den Abteilungskollegen als zu wenig durchsetzungsfähig erwiesen hatte. Berger hatte sogar einen Ruf nach Gießen abgelehnt, um in Braunschweig befördert zu werden. Seine Bedingung war allerdings, dass Roloff und Hoppe wieder zur TH zurückversetzt werden, während er selber nur an der BHR tätig sein wollte.⁶⁰ So ist es geschehen. Damit war die von Klagges angestrebte Kontinuität zwischen Kulturwissenschaftlicher Abteilung und BHR gescheitert. Das galt sowohl institutionell, gab es doch keine Seminare, wie personell, weil nur Berger wechselte. Deshalb musste ein ganz neuer Lehrkörper rekrutiert werden, bei dem die ns-konforme die akademische Qualität überwog.

Auch der studentische Zuspruch für die neue Hochschule ließ zu wünschen. Während der Aderlass für die TH durch die Ausgliederung der Lehrerbildung mit etwa 300, einem Viertel aller Studenten, beträchtlich war, musste für die BHR eine intensive Werbung getrieben werden. Viele Lehramtsstudenten hatten Braunschweig verlassen und das Studium in Göttingen fortgesetzt. Deshalb bekundete die TH ihr Interesse, weiterhin die Allgemeinbildenden Fächer zu behalten. 1942/43 hatte man sich sogar vergeblich um die Staatsprüfung für das Gymnasiale Lehramt bemüht. Das Lehrpersonal wäre mit den von der BHR zurückversetzten Kollegen vorhanden gewesen, die Hochschule bereits damals zur Universität aufgewertet worden. 1943 war die Studentenzahl, sicher auch kriegsbedingt, auf 421 gesunken. Dieser Rückgang war ein Grund, warum die Bemühungen um die Zusammenführung von TH Braunschweig und Bergakademie Clausthal forciert wurden, um mit dem Projekt der Hochschulstadt den

⁶⁰ Bei der Wieden 1996, S. 233.

Bedeutungsverlust in der Konkurrenz zur TH Hannover zu kompensieren. Das Gelände im Bereich Langer Kamp war schon angekauft, die Bauzeichnungen lagen schon vor.

Verantwortlich für das Schicksal der BHR, die nur mit Ausnahmegenehmigung knapp fünf Jahre lang existiert hat, war letztlich Hitler mit seinem ignoranten Bildungsverständnis selbst in Fragen nationalsozialistischer Ideologie.⁶¹ Vor dem Hintergrund seiner eigenen Sozialisation als Autodidakt und ohne Schulabschluss war er durch Bildungsfeindlichkeit geprägt. Lehrer, namentlich Volksschullehrer, sollten keine akademische Ausbildung durchlaufen, sondern nur eine weltanschauliche Schulung im Sinne des Nationalsozialismus und eine berufspraktische Vorbereitung. Mit der Idee, die Klagges mit der BHR verfolgte, konnte Hitler wenig anfangen. Damit entschied Hitler die unter NS-Pädagogen ausgetragene Kontroverse, ob die Lehrerausbildung universitär, an Pädagogischen Hochschulen oder an Lehrerseminaren erfolgen sollte, in letzterem Sinne. Dass ein „Professor Hitler“ in fundamentalem Widerspruch zu seiner bildungspolitischen Ignoranz stand, war ihm vermutlich gar nicht bewusst.

Da Rust es nicht wagte, Hitler zu widersprechen, hatte er dafür gesorgt, dass die Reseminarisierung schrittweise und reichsweit durchgesetzt wurde.⁶² Bereits am 1.5.1933 waren die Pädagogischen Hochschulen in Hochschulen für Lehrerbildung umbenannt worden. Nächster Schritt war der Erlass vom 18.9.1935, der die universitäre Volksschullehrerbildung beendete. Fast schon den Todesstoß versetzten der gerade erst nach ihm benannte BHR die „Richtlinien für die Lehrtätigkeit und das Studium an den Hochschulen für Lehrerbildung“ vom 26.10.1938. Klagges und Berger vermochten nur noch hinhaltenden Widerstand zu leisten und in zähen Verhandlungen eine befristete Ausnahmeregelung zu erreichen. In dem Maße wie Rust, politisch demontiert, als Gauleiter von Südhannover-Braunschweig abgelöst und als Minister einflusslos wurde, wuchs der Einfluss von Ministerialdirigent Schmidt-Bodenstedt im REM. Womöglich hoffte er sogar, indem er Hitler zu gefallen wusste, Rust ab zu lösen. Auch die studentischen Proteste in Bergers Vorlesung am 5.12.1940 gegen die Reseminarisierung, die Klagges unverzüglich und sogar per Schnellbrief mit der Bitte um Klarheit an Rust weitergeleitet worden waren, verhallten ungehört.⁶³ Nur aus dem Hamburger Tageblatt hatte Klagges am 14.12.1940 vom Führerbefehl zur Einführung von Lehrerbildungsanstalten (LBA) erfahren. Schmidt-Bodenstedt blieb es vorbehalten, den Führerbefehl im Frühjahr 1941 in eine amtliche

⁶¹ Vgl. dazu Nds. Landesarchiv Wolfenbüttel, Akten betr. Lehrerbildungsanstalten 12 A Neu 13 Nr. 21588; Akten betr. Einheitliche Lehrerbildung (Reich) 1933-1939 12 A Neu 13 Nr. 21570.

⁶² Bezüglich Braunschweigs Uwe Sandfuchs, Universitäre Lehrerausbildung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Eine historisch-systematische Untersuchung am Beispiel der Lehrerausbildung an der Technischen Hochschule Braunschweig (1918-1940). Bad Heilbrunn 1978; ders., Die Reseminarisierung der Lehrerbildung im Dritten Reich – aufgezeigt am Beispiel des Landes Braunschweig. In: Braunschweigisches Jahrbuch 62.1981. S. 137-156; ders., Strukturwandel der Volksschullehrerausbildung 1927-1952. Das Beispiel Braunschweig. In: Braunschweigisches Jahrbuch 67.1986. S. 141-169.

⁶³ Nds. Landesarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu 13 Nr. 21584.

Fassung zu bringen, in der jedes Detail geregelt war.⁶⁴ Am 8.2.1941 wurde Klagges der Erlass zugestellt. Dieser begann mit den Worten: „Nachdem der Führer entschieden hat, dass die an den Besuch der Hauptschule anschließende fünfjährige Lehrerbildungsanstalt im gesamten Reichsgebiet eingeführt wird...“⁶⁵ Damit war das Ende der BHR besiegelt, Schmidt-Bodenstedt mit der Umsetzung beauftragt, die ihn im Falle Braunschweigs mit besonderer Befriedigung erfüllt haben dürfte, weil er so dem Lieblingsprojekt seines ehemaligen Mentors den Garaus machen konnte. Klagges vermochte lediglich zu verfügen, dass die BHR bis zum 1.4.1942 bestehen blieb, um die laufenden Jahrgänge noch zum Abschluss zu bringen. Danach folgte die formelle Umwandlung der BHR in eine LBA. Selbst nach der Reseminarisierung schwelte der Konflikt weiter. Am 27.6.1944 verweigerte Schmidt-Bodenstedt mit Schreiben an Klagges, dass Berger mit der vorläufigen Aufsicht über alle LBA im Land Braunschweig betraut wird. Daran vermochte auch ein bedauerndes Antwortschreiben von Klagges am 7.7.1944 nichts zu ändern.⁶⁶ Kriegsbedingt wurde das Gebäude im Frühjahr 1942 für andere Zwecke, so ein Lazarett, beschlagnahmt, sodass selbst die von Berger weiter geleitete LBA bis 1945 in provisorischen Ersatzgebäuden unterkommen musste.

Fazit

Klagges war zwar sehr erfolgreich, Braunschweig durch die Ansiedlung von NS-Bildungseinrichtungen aufzuwerten. Doch wurden diese ausschließlich von reichsweiten NS-Gliederungen, der SS mit der Junkerschule im Schloss, der DAF mit der Muster-Lehrlingsausbildung im Vorwerk, der HJ mit der Akademie für Jugendführung an der Wolfenbütteler Straße oder des BDM mit der Reichsführerinnenschule im Lechlumer Holz, getragen. Mit seinem eigenen Projekt, der BHR und den darin zu verwirklichenden Erziehungsvorstellungen, ist er gescheitert. Es ist ihm nicht gelungen, die an Kriek orientierte Reform der Erziehung im Sinne des Nationalsozialismus zum Muster einer reichsweiten NS-Pädagogik zu machen, obwohl er auf allen Ebenen – als NS-Ideologe, als Bildungspolitiker, als Schulbuchautor und Schulbuchherausgeber, als Bauherr der BHR, als für Berufsfragen zuständiger Volksbildungsminister dafür gekämpft hat. Gescheitert ist er, weil er Kriek nicht nach Braunschweig holen konnte, weil er die nationalkonservativen Professoren der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, angeführt von Roloff, nicht gewinnen konnte, weil er mit Berger nur eine wissenschaftlich wie

⁶⁴ Adolf Schmidt-Bodenstedt, Neuordnung der Lehrerbildung. Amtliche Bestimmungen. Frankfurt 1942. = Erstes Heft der „Lehrerbildung. Schriftenreihe für die deutsche Volks- und Hauptschullehrerbildung. Hrsg. von Ministerialdirigent Staatsrat Adolf Schmidt-Bodenstedt. Vgl. ferner Ders., Grundlagen und Gestalt. In: Die Wesensform der neuen Lehrerbildung. Hrsg. Adolf Schmidt-Bodenstedt. Berlin 1941. Das von ihm herausgegebene Werk sollte in 2 Bänden zu etwa 24 Lieferungen erscheinen. Außer der 1. Lieferung 1944 ist kriegsbedingt nichts mehr erschienen.

⁶⁵ Nds. Landesarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu 13 Nr. 2158.

⁶⁶Archiv der TU Braunschweig, Nachlass Berger G 41. Der Vorgang wurde von den Nachfahren Bergers als Beleg angeführt, dass dieser kein linientreuer Parteigenosse gewesen sei. Wahrscheinlicher ist, dass er das Opfer des Zerwürfnisses zwischen Klagges und Schmidt-Bodenstedt war. Vgl. dazu Klaus Berger, Friedrich Berger als Pädagoge. MS 1998 ebd.

organisatorisch schwache Person auf der Schlüsselposition zu installieren vermochte, weil Rust zu schwach war, die nach ihm benannte Hochschule zu behaupten. Mit Schmidt-Bodenstedt saß auf der Schlüsselstelle im REM ein braunschweiger „Parteifreund“, der sich durch die Abwicklung der BRH für seine Weglobung aus Braunschweig revanchieren und für höhere Aufgaben empfehlen wollte.

Letzten Endes ist er an Hitler gescheitert, obwohl er sogar im Zweifelsfalle als strammer Parteisoldat bereit gewesen wäre, die für Kriek vorgesehene Professur für einen Professor Hitler zu opfern oder zumindest für unabsehbare Zeit aufs Eis zu legen. Hitler passte die ganze erziehungspolitische Richtung nicht, die Klagges verfolgte. Vielleicht hatte Hitler sogar durchschaut, dass die ad hoc aus der Tasche gezogene Professorenlösung dessen eigentlichen Ambitionen zuwiderlief und wollte sich nicht als „Notnagel“ des Volksbildungsministers instrumentalisieren lassen. Klagges hatte seine Ambitionen zwar hintenangestellt, doch die Einbürgerung via Professur auf eine für Hitler so blamable Art und Weise verfolgt, dass er nur dessen antiintellektuelle Vorbehalte gegen den Lehrer Klagges bestätigt sah.